

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementpreis M. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: G. Fr. Dehnardt, Stuttgart.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steinhilber, Stuttgart.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die viergespalt. Pestsäule ober deren Raum 60 Pfg.  
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.  
Verammlungsanzeigen 15 Pfg.

## Verlorene Liebesmüh.

n. Man muß den Flotteninteressenten das eine nachrühmen: sie lassen sich ihre Sache was kosten, an Mühe wie an Geld. Es ist ein gut Stück Arbeit, das die von oben begünstigte Flottenagitation geleistet hat. Marinenschauspiele und Lichtbildervorführungen, Versammlungen und Vorträge, Massenbroschüren und Flugblätter, Torpedobootfahrten auf deutschen Flüssen, Flottenreden bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit — alles zur höheren Ehre der Zukunft, die auf dem Wasser liegt. Sogar die Jugend hat man mobil gemacht. Schülerfahrten zum Besuch der Kriegshäfen wurden veranstaltet, in die Schulfestern und Festschiffen drängt sich das Lob der deutschen Flotten- und Weltpolitik, und die höheren Töchter und Söhne Germanias sammeln für Deutschlands Seemacht. Man muß zugeben, daß diese Agitation nicht ohne Erfolg geblieben ist. Im Gegenteil! Die Arbeit der Flotteninteressenten hat sich ohne Zweifel gelohnt, was sich schon daraus ergibt, daß die bürgerlichen Parteien, die vorher von den fortgeschrittenen Flottenrüstungen nichts wissen wollten, sich mehr und mehr zu Flottenfreunden entwickelt haben. Es sei erinnert an das Zentrum und die Freisinnige Volkspartei, die jedenfalls erwarten dürfen, daß ihre Wähler mit ihnen einverstanden sind, wenigstens hat man von einem Widerstand aus den Kreisen ihrer Gefolgschaft nichts vernommen.

Nur bei einer Partei, bei einer Klasse ist das Liebeswerben der Flotteninteressenten bisher ohne Erfolg geblieben und wird es auch bleiben: bei der Arbeiterpartei, bei dem Klassenbewußten Proletariat. Und obgleich es auf dieser Seite nicht möglich ist, dieselbe umfassende und rücksichtslose Agitation gegen den Antimarismus zu entfalten, wie auf der Gegenseite für den Marinismus, so steht doch das eine fest, daß die sozialdemokratische Agitation ebenfalls von Erfolg gewesen ist. Die denkenden Arbeiter in Deutschland verharren auf ihrem Widerstand gegen das internationale Weltstück zu Wasser wie zu Lande, und ohne Zweifel dehnt sich, wenn sich in anderen Lager das Philistertum für die marinitische Hurrapolitik mehr und mehr einsengen läßt, unter dem Proletariat die Erkenntnis von der Gemeinschaftlichkeit der neudeutschen Flottenpolitik mit ihrer Ergänzung: dem weltpolitischen Schwindel in immer weiterem Maße aus — und was von besonderem Werte ist: wenn sich auf der Gegenseite schnelle Interessensucht, berechnende Streberei und gedankenlose Hurratifikation geltend macht, bei uns waltet die Erkenntnis, die Überzeugung, die Würdschaften des endlichen Sieges unserer Sache.

Jüngst ist nun eine Schrift erschienen, die bestimmt ist, die Arbeiter von der Verleththeit ihrer flottengegnereischen Haltung zu überzeugen und sie für die nationale Mitarbeit an der Stärkung von Deutschlands Seemacht zu gewinnen. „Arbeiter und Flotte“ ist der Titel, Dr. Waldeemar Zimmermann der Verfasser der Schrift (Berlin 1906, Deutscher Verlag). Der Verfasser arbeitet mit einem mächtigen Aufgebot an Zahlen und Daten, sowie an Zitaten aus aller Parteien und aller Wähler Lager. Eine ausführliche Kritik der Schrift geben, hieße ihr eine andere von dreifachem Umfange entgegenzusetzen. Dabei würde es dann zu sehr interessanten Nachweisen kommen, was man mit Zitaten alles beweisen kann. So knüpft Zimmermann an das Wort Luers auf dem Parteitag in Hannover: „Dem heutigen System, der heutigen Regierung können wir die Flotte nicht bewilligen.“ die Ausführungen Kautskys an: „Kann es etwas Trübsüßeres geben als die Erklärung, Deutschland brauche eine starke Kriegsslotte, aber weil wir im Kampfe mit der Regierung stehen, bewilligen wir sie nicht. Was heißt das anders als erklären, daß die Sozialdemokratie ein Hindernis dort ist, wo es sich um die Wahrung der wichtigsten Interessen der Nation handelt.“

Damit erhalten, so meint Zimmermann, „die zahlreichen einseitigen Sozialdemokraten, die die Flotte zwar für notwendig halten, jedoch keinen Mann und keinen Groschen dafür bewilligen können, von offiziellster Seite die Zensur ausgestellt, daß sie damit nicht nur eine Dummheit begehen, sondern den wichtigsten Interessen der Nation ein Hindernis in den Weg werfen.“ Wer dieses im Zusammenhang mit dem Kautskyschen Zitat liest, muß meinen, daß Kautsky den Standpunkt Luers verurteilt, weil er selber für die Flotte sei; und doch ist klar, daß Kautsky sich hier gegen die Motive Luers wendet, selber aber darüber hinaus aus prinzipiellen Gründen gegen die Flottenrüstungen ist — gleichviel, ob wir der Regierung feindlich oder freundlich gegenüberstehen. Das würde aus dem Zusammenhang ungewisselhaft hervorgehen, weshalb der Herr Doktor, der sonst für jedes seiner Zitate die Quelle bis auf Band und Seite

genau angibt, sich bei Kautsky begnügt mit dem allgemeinen Hinweis auf die „Neue Zeit“, die bekanntlich eine recht stattliche Anzahl von Bänden hat. Zimmermann faßt im Schlußwort seine Ausführungen wie folgt zusammen: „Im letzten Grunde gehören Arbeiterpolitik und Flottenpolitik zusammen in dreifacher Wurzel: die Sicherheit der nationalen Arbeit und die ausreichende Ernährung unserer breiten Volksmassen ist nur gewährleistet durch eine starke Flotte — soziale Arbeiterpolitik hat im deutschen Reichstag nur Aussicht auf starken Erfolg, wenn die radikale Arbeiterpartei nicht länger wider ihre bessere Einsicht jede Forderung für Seerüstungen ablehnt — deutsche Weltwirtschafts- und Flottenpolitik kann nur Hand in Hand mit marxistischer Sozialreform auf die Dauer gedeihen.“

Also die nationale Arbeit, die Absatzmöglichkeit deutscher Produkte und die Ernährung des deutschen Volkes ist nur möglich auf Grund einer starken Flotte. Sieht man sich die deutschen Handelsverhältnisse ein wenig genauer an, so merkt man bald, was an diesem Gerede ist. Deutschland führte im Jahre 1904 Waren im Werte von 5815 Millionen Mark aus, wovon 2 1/2 Milliarden, also fast die Hälfte, nach Österreich-Ungarn, Holland, Schweiz, Rußland, Belgien, Frankreich, Dänemark und Italien gingen. Dieser Teil der deutschen Ausfuhr bedarf von vornherein keiner Sicherung durch die Flotte. Von den übrigen Ländern geht nach England und seinen Kolonien für anderthalb und nach Amerika eine halbe Milliarde Mark. Diese Länder kämen also vor allem in Betracht für den überseeischen Handel Deutschlands. Nun ist nicht zu leugnen, daß der deutsche Handel dem englischen starke Konkurrenz in Asien und Amerika macht und daß die betroffenen Erzeuger und Händler in England das nicht gerne sehen. Aber dieser Wettbewerb wird reichlich aufgewogen durch die gewaltig gesteigerte Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes für die Erzeugnisse Englands und seiner Kolonien. Die Warenausfuhr Englands und seiner Hauptkolonien nach Deutschland belief sich im Jahre 1897 auf einen Wert von 1012 Millionen, im Jahre 1904 auf 1576 Millionen Mark, das ist eine Steigerung von 564 Millionen oder 50 Prozent. Demgegenüber betrug Deutschlands Ausfuhr nach England und seinen Kolonien 1897 für 822 Millionen, 1904 dagegen für 1208 Millionen Mark Wert, das ist ebenfalls eine Steigerung von 50 Prozent. Man sieht: England kann mit dieser Konkurrenz Deutschlands zufrieden sein; es verdient mindestens so viel dabei, wie es dabei zusehst, und die Engländer sind viel zu gute Kaufleute, um ein solches Verhältnis nicht für ganz erwünscht zu halten.

Und was Amerika betrifft, so bezieht sich dieses in einer noch weit größerem Maße Deutschland gegenüber. Seine Ausfuhr nach Deutschland erhöhte sich in den letzten sieben Jahren von 658 auf 944 Millionen Mark, hat also um 286 Millionen Mark zugenommen, während Deutschlands Ausfuhr von 887 auf 485 Millionen, also nur um 98 Millionen Mark anwuchs. Und auch die Amerikaner sind klug genug, um sich nicht zur Störung eines für sie so einträglichen Geschäftes verleiten zu lassen. Man sieht also, daß der deutsche Handel genügend gesichert ist durch das Interesse der teilnehmenden Nationen selber; mithin bedarf es keiner größeren Flotte zum Schutze der nationalen Arbeit und der Volksernährung. Wenn die Volksernährung ein Hindernis hat, dann nicht in einer unzulänglichen Marinemacht, sondern in der Wirtschaftspolitik derjenigen, die durch Zölle und Steuern die Lebensmittel verteuern und die Einfuhr ausländischer Agrarprodukte erschweren — das heißt derselben Leute, die den deutschen Arbeitern einreden wollen, daß nur eine starke Flotte dem Volke eine genügende Ernährung verbürge.

Und wie steht es mit der Sozialpolitik, deren Gedeihen nur möglich sein soll, wenn die Arbeiter sich zur Flotten- und Weltpolitik bekehren? Dr. Zimmermann, der Mann mit der starken nationalen Gesinnung, leistet dem Ansehen der Dynastie, der Regierungen und der Parteien keinen Dienst, wenn er die Sozialpolitik als Handelsobjekt ausgibt. Arbeiterpolitik gegen Flottenpolitik! Bisher hörte man es rühmen, daß die Hohenzollern sich als erste Diener des Volkes, als Könige der Armen betrachteten. Der Flottenagitator Zimmermann will uns eines anderen belehren: den Armen wird nur geholfen, wenn sie folgsam sind! Nicht Sozialdemokraten sind es, die in dieser Weise die Legende vom „sozialen Raifertum“ zerstören, wenn wir auch nie daran geglaubt haben.

Die Flottenpolitik hat eingeseht mit dem Regierungsantritt des jetzigen Kaisers, besonders aber wirkt sie mit Hochdruck seit Mitte der neunziger Jahre. Vorher hatten die Arbeiter wenig Anlaß, sich mit der Marinepolitik zu beschäftigen und ihre Opposition gegen die Rüstungen zu Wasser zu bekunden. Sind sie zu dieser Zeit reichlicher mit

Sozialreform bedacht worden; haben wir auch das Sozialistengesetz gehabt, als die Sozialdemokratie noch eine kleine und wenig einflußreiche Partei war? Stammen aus der folgenden Zeit nicht Umsturz- und Zuchthausvorlagen, und sind damals nicht die Forderungen der Arbeiter bezüglich der Ausgestaltung der Sozialreform ebenso verworfen und bekämpft worden, wie sie es heute werden? Und hält man nicht die Organisationsbestrebungen der christlichen Arbeiter, trotzdem diese doch national und als Zentrumslente auch flottenfreundlich sind, für ebenso gefährlich im Kreise der Scharfmacher, wie die Sozialdemokraten? Auf der Seite der Sozialdemokratie steht immer noch erst der kleinere Teil der Arbeiter; warum erfüllt man nicht das größere Teils der Arbeiter wegen die Gebote der Gerechtigkeit und Menschlichkeit, indem man ihretwegen wenigstens sich zu einer wirksamen Sozialpolitik vertritt?

Diese Fragen stellen, heißt sie beantworten! Um die Sozialpolitik, um die Arbeiterfürsorge würde es in Deutschland keinen Deut besser gehen, wenn die Klassenbewußte Arbeiterschaft auch mit allen Mitgliedern und Anhängern sich in den Flottenverein aufnehmen ließ. Im Gegenteil: es würde schlechter darum stehen nach der alten Erfahrung: daß die artigen Kinder am wenigsten zu erreichen pflegen. Und schließlich: wenn, wie Dr. Zimmermann versichert, deutsche Weltwirtschafts- und Flottenpolitik nur Hand in Hand mit energischer Sozialreform gedeihen kann — nun, die deutsche Welt- und Flottenpolitik hat ja gute Tage; die Regierung kann fordern, was sie will, für das Dreifache ist ihr eine Übermehrheit im Reichstag sicher — auch ohne die Sozialdemokratie. Wo aber bleibt die Sozialreform? Sind nicht gerade die eifrigsten Flottenschwärmer auch die wütendsten Arbeiterfeinde, die brutalsten Scharfmacher? Waren sie es nicht, bevor die Flottenpolitik auf der Tagesordnung stand, und werden sie es nicht sein, ob nun die Arbeiterklasse flottenfreundlich ist oder nicht?

Das Klassenbewußte Proletariat tut gut, sich auf den Handel: Arbeiterpolitik gegen Flottenpolitik nicht einzulassen. Es würde unter allen Umständen der betrogene Teil sein. Es wird den Handel aber auch nicht eingehen, selbst wenn die Bürgerschaft des Gewinnes sicher wäre. Der denkende Arbeiter ist Gegner des Militarismus und Marinismus, nicht aus bloßen augenblicklichen Nützlichkeitserwägungen, sondern aus Grundsatz. Diesem System keinen Mann und keinen Groschen! Ja, solange das Heer ein Machtmittel im Dienste der herrschenden Klasse ist, solange es in volksfeindlichem Sinne erzogen wird, solange in ihm der Geist waltet, der es auf Vater und Mutter schießen läßt, solange es der Machtvollkommenheit eines einzelnen gegeben ist, es für Angriffszwecke zu verwenden, solange die Kosten für die bewaffnete Macht aus den Taschen der Armen und Ärmsten aufgebracht werden — so lange für das Heer keinen Mann und keinen Groschen, und zwar zu Lande und zu Wasser! Statt dessen wollen wir, während die Hurrapolitiker die Armeen vergrößern und die Flotten rüsten, dem Gedanken der Kulturinteressengemeinschaft unter den Völkern dienen. Nicht die größere militärische Macht sichert den Frieden, sondern die Solidarität der Arbeit, die ihren Grund hat in einem körperlich gesunden und geistig aufgeklärten Proletariat. Das arbeitende Volk will keinen Krieg! — es wird sich daher hüten, dem Ruf der Flottenschwärmer und Flotteninteressenten zu folgen und durch Stärkung der Marine und Förderung der Weltabenteurerpolitik die Gefahr kriegerischer Verwicklungen heraufzubeschwören.

Der Völkerverhehung, worauf das Treiben der Flottenapostel hinausläuft, setzen wir die Völkerverbrüderung entgegen, und wir sind sicher, daß in dem Ringen zwischen der Kulturarbeit des Friedens und der Barbarei des Massenmordes der Sieg auf unserer Seite sein wird.

## Die Beamtenfrage im Holzarbeiterverband.

Die Erörterung der Beamtenfrage ist aus Anlaß des Verbandstags wieder einmal in Fluß gekommen. Dabei sind in einzelnen Zahlstellen Ansichten zum Ausdruck gekommen, die dem Ansehen unserer Organisation direkt schädlich sind, welcher Umstand uns nötigt, auch an dieser Stelle dieses für uns widerwärtige Kapitel einmal zu behandeln. Dazu nötigen uns zunächst eine Reihe von Anträgen zum Verbandstag, die nichts weiter bezwecken, als die Beamten zu entretchen.

So hat der Gautag Eiberfeld einen Antrag an den Verbandstag angenommen, der Hauptvorstand müsse bekanntgeben, „ob die für Wahlen zum Verbandstag und Gewerkschaftskongress vorgeschlagenen Delegierten Beamte oder werttätige Kollegen sind“. Aus Glückstadt liegt ein Antrag

vor: „Zu den Wahlen zum Verbandstag sollen möglichst Kollegen aus der Werkstätte berücksichtigt werden; die Wahl beförderter Kollegen ist auf das Notwendigste zu beschränken.“ Ufcher's Leben beantragt: „Verbandsbeamte dürfen nicht als Delegierte zum Verbandstag gewählt werden, sondern es sollen die Delegierten aus den werktätigen Kollegen gewählt werden.“ Ähnlich ein Antrag Braunshweig: „Als Delegierte zum Verbandstag können nur solche Kollegen gewählt werden, die noch in ihrem Beruf tätig sind.“ Schließlich ein Antrag Hannover: „Beamte, welche Tätigkeit außerhalb der Organisation ausüben, als Krankenkassen- und Konsumvereinsbeamte, werden als Delegierte zum Verbandstag nicht zugelassen.“

Ähnliche Tendenzen, wie die vorstehenden Anträge vertragen, kommen in einem Antrag Stuttgart zum Ausdruck, wonach alle Kommissionen auf dem Verbandstag so zusammenzufassen sind, „daß die Mehrheit der Mitglieder aus nicht besoldeten Delegierten besteht.“

Alle diese Anträge sind von einem starken Mißtrauen gegen die Verbandsbeamten nicht nur, sondern gegen die Arbeiterbeamten überhaupt diktiert, gegen jene Kollegen, die doch wegen ihrer Tüchtigkeit zu besoldeten Führern des Verbandes eingesetzt sind.

Bei der gewaltigen Ausdehnung, die der Verband in den letzten Jahren erfahren hat, ist das Bedürfnis nach angestellten Beamten immer größer geworden. Erst in der letzten Zeit mußten noch mehrfach Zahlstellen zur Anstellung von Beamten geschaffen werden, weil die Erledigung der Verbandsgeschäfte unter den gegebenen Verhältnissen nicht mehr möglich ist. Der letzte Verbandstag hat auch die Notwendigkeit der Vermehrung der Beamten anerkannt, er hat den Verbandsvorstand ausdrücklich ermächtigt, „nach genauer Prüfung der Sachlage auf Anträge einzelner Zahlstellen Zuschüsse zur Anstellung von Beamten zu gewähren“. Das ist, wie gesagt, in letzter Zeit in einer ganzen Reihe von Orten geschehen, und es dürfte sich bei der ungeahnten Entwicklung unseres Verbandes in der Zukunft ein vermehrtes Bedürfnis auf Anstellung von Beamten ergeben. Angesichts dieser Entwicklung ist es zumindest nicht klug gehandelt, und es entspricht nicht der Würde und dem Ansehen unserer Organisation, nun entsprechend den oben zitierten Anträgen die Mitgliederrechte der Beamten zu beschneiden, jene Kollegen dafür, daß sie den schweren Dienst der Organisation auf sich nahmen, durch Entzug des passiven Wahlrechtes zu bestrafen.

Es war bisher üblich, und das wohlverstandene Interesse der Organisation machte das erforderlich, nur die tüchtigsten und besten Kollegen auf die Beamtenposten zu berufen. Gewöhnlich wurden nur jene Kollegen zu Beamten gewählt, die jahrelang sich im Dienste der Organisation, die sich bei Lohnbewegungen, in der Agitation, im Verwaltungsweesen hervorgetan und sich durch ihren Charakter zur Leitung des Verbandes am Orte oder im Gau hervorragend befähigt gezeigt hatten. Daß diese Kollegen sich allgemein ihrer Aufgabe gewachsen zeigen, daß sie sich auch des Vertrauens der Gesamtkollegenchaft erfreuen, zeigt ihre jederzeitige Wiederwahl beim Ablauf ihrer Dienstzeit. Der Verbandstag würde unseres Erachtens einen schweren Fehler begehen, wollte er diesen Vertrauensstundgebungen der Mitglieder zum Trost die Beamten zu Mitglieder minderen Rechtes stempeln.

Wie wenig diese Anträge ihrer Tendenz nach berechtigt sind, möge beiläufig nur die eine Tatsache erhellen, daß alle Beamten, welche als Delegierte zum Verbandstag gewählt worden sind, durchweg die höchsten Stimmziffern erlangten. Einzelne Beamten haben sogar doppelt so hohe Stimmziffern auf sich vereinigt als andere neben ihnen gewählte Kollegen, die, um mit den besprochenen Anträgen zu reden, noch im Beruf tätig sind. Das liegt auch durchaus in der Natur der Sache. Die Beamten sind ihrer ganzen Tätigkeit nach durchaus zu einer Vertretung der Mitglieder auf den Verbandstagen befähigt. Sie müssen täglich und von Stunde zu Stunde die Interessen der Mitglieder nach außen hin vertreten. Sie werden von Ort zu Ort, von Werkstätte zu Werkstätte geht, um da um eine Viertelstunde Arbeitszeitverkürzung zu handeln, dort um ein paar Pfennige Lohnverhöhung zu feilschen oder die Interessen der Kollegen bei Schlichtung von Differenzen zu vertreten; sie müssen die Organisation intakt halten und für Aufklärung der Kollegen Sorge tragen; sie sind die Leiter der Organisation im weitesten Sinne, die Preisrichter der Kollegen, aber auch ihre Berater in allen das Arbeiterinteresse berührenden Fragen. Der werktätige Kollege weiß das gut genug, und es ist nur der Ausdruck des Vertrauens in den Beamten, wenn er diesen seinen wohlvertrauten Vertrauensmann, der am besten mit der Stimmung und den Wünschen der Kollegen vertraut ist, auch als seinen Vertreter zum Verbandstag wählt. Es würde einer Bevormundung der Mitglieder gleichkommen, die bei den Delegiertenwahlen zum Verbandstag so überwältigende Stimmziffern für ihre Beamten abgegeben haben, wollte man jetzt beschließen, Verbandsbeamte dürfen nicht als Delegierte zum Verbandstag gewählt werden, oder wollte man die Wahl eines Kollegen zum Verbandstag davon abhängig machen, daß er noch im Beruf tätig ist.

Nun werden die Antragsteller dem entgegenhalten, daß in den meisten Orten die Beamten bei der Delegiertenwahl entweder schon gar nicht aufgestellt oder, wo das geschehen, daß sie da nicht gewählt worden sind, und daß damit zur Genüge bewiesen sei, daß auch die Masse der Mitglieder von einer Entsendung der Beamten auf den Verbandstag nichts wissen will. Das ist aber nur zum Teil richtig, wo es aber zutrifft, da ist diese Entschliebung der Mitglieder nur das Resultat einer seit Jahren gelübten, unseres Verbandes durchaus unwürdigen Beamtenhege. Wir können nur lebhaft wünschen, daß diese Kollegen von dieser Beamten-

hege künftig absehen, daß sie ihre Entscheidung über ihre Vertretung auf dem Verbandstag nicht mehr davon abhängig machen, ob ein Kollege Beamter oder werktätiger Kollege ist, sondern ob er genügend Erfahrung und Charakter zur Bekleidung dieses wichtigsten Ehrenamtes im Verband besitzt. Im anderen Falle bedeutet die Entäußerung des passiven Wahlrechtes der Beamten für diese nichts weiter als eine moralische Tortur, wäre mit der Versagung des Wahlrechtes eines Mitglieds seiner Beamtenqualität wegen zum Ausdruck gebracht, daß er zum Beamten wohl gerade gut genug sei, daß er sich zur Bekleidung der höchsten Vertrauensstellung im Verband aber nicht eigne. Solche Beamte müßten aber je eher je lieber von ihrem Beamtenposten entfernt werden, da sie jedenfalls nicht mehr das für ihr Amt notwendige Vertrauen der Mitglieder genießen, da ihnen auch jede Autorität zur Vertretung des Verbandes nach außen hin fehlt, die man als Vorbedingung ihres erfolgreichen Wirkes voraussetzen muß.

Nun muß zugegeben werden, daß in vielen Fällen andere Gründe dafür maßgeblich sind, wenn die Beamten des Ortes oder Bezirkes zu Verbandstagsdelegierten nicht gewählt wurden. Einmal ist es den Mitgliedern daran gelegen, einen anderen Kollegen auf den Verbandstag zu senden, der ebenso tüchtig ist und zur Vertretung einer speziellen Frage sich besser eignet als der Beamte. Ein andermal ist der Verbandsbeamte unabhkömmlich, seine Delegation würde eine momentane Schädigung der örtlichen Verbandsinteressen im Gefolge haben, und es sind genügend tüchtige Kollegen am Platze, die den Verband auf dem Verbandstag ebenso gut vertreten können, als er es könnte. In solchen Fällen liegt es in der Natur der Sache, daß eben ein anderer Kollege gewählt wird, und es läßt sich gegen eine solche Wahl, wenn sie sich nicht in einer für die Beamten verletzenden Form vollzieht, vom Standpunkt des Verbandesinteresses durchaus nichts einwenden. Wir reden ja auch nicht einer Bevorzugung der Beamten das Wort, wir wollen lediglich Gleichberechtigung im Verband auch für die Beamten; wir wollen ferner nur, daß bei den Delegiertenwahlen immer die tüchtigsten Kollegen gewählt werden, ganz einerlei, ob es Beamte oder „noch im Beruf tätige Kollegen“ sind; wir wollen, daß man von einer Degradierung der Beamtenmitglieder, daß man von der unwürdigen Beamtenhege absteht.

Übrigens beweist der Umstand, daß in vielen Orten von der Wahl der Beamten zu Verbandstagsdelegierten abgesehen worden ist, unseres Erachtens nur, daß in unserem Verband auch nicht entfernt die Gefahr besteht, der Verbandstag könnte von den Beamten beherrscht werden. Die dahingehenden Befürchtungen einzelner Kollegen sind durchaus nicht berechtigt.

Die Annahme der oben zitierten Anträge würde für die Entwicklung unseres Verbandes jedenfalls unheilvolle Folgen zeitigen. Die naheliegende Folge wäre eine Herabdrückung des Niveaus der Verbandstage. Denn ein Verbandstag, der im Zeichen einer Beamtenhege stehen würde, hätte sich dadurch allein schon der Öffentlichkeit gegenüber selbst moralisch herabgewürdigt. Seine Beschlüsse könnten mangelhaft sein, da sie unter Ausschluß der tüchtigsten und erfahrensten Kollegen, eben der Beamten, gefaßt werden müßten. In der Tat liegt es denn auch im Interesse der Gesamtkollegenchaft, wenn es den Beamten, die täglich unsere Taktik und die Bestimmungen des Statuts und Streitreglements auf ihre Anwendbarkeit und Richtigkeit prüfen können, die am besten über die Stimmung der Mitglieder unterrichtet sind, ermöglicht ist, an der Neufestsetzung des Statuts und unserer Marschroute hervorragend mitzuwirken. Der Verband und damit die Gesamtkollegenchaft würde sich dadurch jedenfalls viel Entschuldigungen ersparen, und es läßt sich kaum denken, daß alle Vorbedingungen zu einer erfolgreichen Tätigkeit der Organisation gegeben.

Und weiter: Ist es nicht die Aufgabe des Verbandstages, über die Tätigkeit der Organisation in der abgelaufenen Geschäftsperiode sich auszusprechen, über die Tätigkeit auch der Beamten zu urteilen und ihnen eine Richtschnur für ihr zukünftiges Verhalten zu geben? Wird das möglich sein, wenn man die Beamten vom Verbandstag ausdrücklich ausschließt, wenn man ihnen jede Verteidigung unmöglich macht und ihnen die Möglichkeit benimmt, all die guten Lehren des Verbandstages in sich aufzunehmen. Es ist klar, daß der Ausschluß der Beamten vom Verbandstag unserer Organisation alles andere nur nicht förderlich sein würde.

Das auch schon deshalb nicht, weil alle diese Erwörterungen und am letzten Ende die von den Antragstellern gewünschte Degradierung der Beamten zu Mitglieder zweiter Klasse nichts anderes zur Folge haben könnte als eine Entfremdung der besten Kollegen vom Verband. Schon jetzt wird es dem Verband oft schwer gemacht, seinen großen Bedarf an tüchtigen Kollegen zu decken. Die Annahme der angeführten Anträge, und die in unserem Verband in letzter Zeit wieder in Fluß gekommene Beamtenhege müssen jenen Kollegen, die noch etwas Selbstachtung besitzen und sich nicht zu rechtlosen Mitgliedern machen lassen wollen, die Annahme eines Beamtenpostens direkt unmöglich machen. Die Folge wäre, daß sich nur noch weniger befähigte Kollegen zu Beamtenstellungen hergeben würden, daß in der Leitung des Verbandes nur noch die Mittelmäßigkeit dominieren würde.

Gleich unwichtig und des Verbandes unwürdig ist der Antrag Hannover, der solche Kollegen, welche Partei- und andere Stellungen bekleiden, von der Verbandsdelegation ausschließen will. Sind es nicht die tüchtigsten Kollegen, die über eine reiche Erfahrung in der Arbeiterbewegung verfügen und sich um unsere Sache verdient gemacht haben, die in solche Stellungen berufen worden, und haben wir kein Interesse daran, auch ihren erprobten Rat auf dem Verbandstag zu Hilfe zu nehmen? Könnten wir es verantworten,

gerade diese tüchtigen Kollegen von einer Mitwirkung im Verband auszuschließen, für den sie bisher Gut und Blut eingesetzt haben?

Nein, Kollegen, solche Anträge wie die ganze Beamtenhege überhaupt ist unserer Organisation nicht würdig; die Masse der Mitglieder will denn auch von allen diesen Dingen nichts wissen, die unserer Sache schädlich sind. Es ist übrigens bezeichnend, daß alle diese Kollegen, die sich zum Verfasser solcher Anträge hergegeben haben, sich durchaus nicht scheuten, ihre Dienste als Beamte dem Verband zur Verfügung zu stellen. Die Hauptwortführer der 1902er Protestbewegung, die sich doch in der Hauptsache gegen die Verbandsbeamten richtete, befinden sich heute in Beamtenstellungen, und von den Befürwortern der oben zitierten Anträge sind uns einige bekannt, die sich ebenfalls schon wiederholt um Beamtenstellungen im Verband beworben und es vielleicht nur einem Zufall zu danken haben, daß sie nicht jetzt schon Beamte sind. Es macht einen direkt peinlichen Eindruck, wenn man beobachten muß, wie solche Kollegen immer wieder die Integrität der Verbandsbeamten in Zweifel ziehen konnten und noch in Zweifel ziehen.

Es ist unser lebhafter Wunsch, daß der Verbandstag den Antragstellern unzweideutig zu erkennen gibt, daß solche Anträge nicht geeignet sind, das Ansehen unseres Verbandes zu fördern, daß endlich einmal der Beamtenhege Einhalt geschehen muß. Denn es ist hoch an der Zeit, daß der Verbandstag dem Einflusse kleinlicher Geister sich entwindet, daß er die Vorbedingungen zu einer günstigen Entwicklung des Verbandes schafft.

### Die Ansichtspostkarte.

□ In den letzten 20 Jahren hat sich in Deutschland ein ganz neuer Produktionszweig aufgetan und riesig entwickelt. — Die Ansichtspostkartenindustrie! Niemand hätte je geahnt, daß diese kleine Silberkarte, zuerst von Künzlerhand gemalt, gezeichnet, so schnell sich als Massenartikel einführen würde. Wohl waren die ersten 10 Jahre der Erfindung ziemlich schwer für die aufstrebende Industrie, doch wurden alle Schwierigkeiten überwältigt. Von Deutschland aus hat dann die Ansichtspostkartenindustrie ihren Siegeszug durch die ganze Welt gehalten. Maler, Lithographen, Stein drucker, Buchdrucker, Lichtdrucker, Chemigraphen, Buchbinder usw. werden durch diese Industrie in großer Zahl beschäftigt. Man stelle fest, daß heute in Deutschland 3000 Druckfirmen, 1000 Firmen der Papier-, Maschinen- und Farbenbranche, 30 000 selbständige Handelsgeschäfte mit zusammen 50 bis 60 000 Erwerbenden in Handel und Gewerbe von der Postkartenindustrie leben! Eine Leipziger Firma produziert allein jährlich 50 Millionen Postkarten, von denen zirka 30 Millionen in das Ausland wandern. In Deutschland werden nach Angaben der Postverwaltung jährlich 500 Millionen Ansichtspostkarten versandt. Der Aufschwung ist also ein riesiger zu nennen!

Ursache ist, daß die kleine Silberkarte das Angenehme mit dem Nützlichen verband. Wer auf Reisen, Wanderschaft usw. geht, hat das Bedürfnis, den Seinen zu Hause, Freunden und Bekannten einen Gruß aus der Ferne zu senden. Deshalb ist es doppelt angenehm, daß man mit der Silberkarte dem Adressaten gleichzeitig eine Ansicht, ein Bild von der Stadt, dem Orte usw. geben kann, an dem man sich befindet. Keine Wirtshaft, die nicht heute bunte, hübsche Ansichtspostkarten ihren Gästen verabreicht, kein Kongreß, auf welchem nicht am Saaleingang der Kartenverkäufer seinen Platz aufgeschlagen hat. Besuch man fremde Erde, findet einen entzückenden Platz, herrliche Landschaft, so steigt der Wunsch in den Herzen auf, doch ein Bild von dieser Gegend besitzen zu können. Große Bilder herrlicher Gegenden könnte sich der Proletar doch nicht kaufen, deshalb sind diese Artikel niemals Massenartikel geworden. Anders bei der kleinen Postkarte, die man für 5 bis 10 Pf. erwerben kann. Billig und — gut ist da glücklicherweise Parole geworden! Wer die heutige Silberkarte mit der Karte im Anfang der Erfindung vergleicht, wird den Unterschied finden. Die Kunst hat sich wirklich dieses Artikels bemächtigt und verleih ihm all ihre Reize. Seitdem die Photographien und Lichtdrucke in der Produktion breiten Raum eingenommen haben, hat auch die Postkarte ein ganz anderes Aussehen erhalten. Was den meisten Zeichnern, ja oft vielen Künstlern nicht möglich ist, ein genaues, fixiertes Bild einer Landschaft, eines herrlichen Fleckchen Erde, eines Kunstwerkes auf kleinem Format zu geben, ist der Photographie aber möglich. Die Photographie „liegt nicht!“

Deshalb ist die Ansichtspostkarte zum pädagogischen Hilfsmittel geworden, wirkt erzieherisch auf die Jugend ein. Freuen soll man sich daher, daß Kinder lieber die hübschen Postkarten sammeln, als alte Briefmarken, sich auch dadurch Vorstellungen von den Schönheiten unserer Erde, herrlichen Kunstwerken usw. machen können. Gerade unsere „Patrioten“ sollten sich hoppel über den Aufschwung der Postkartenindustrie freuen. Einmal, weil diese kleine Karte die „Heimatkunde“ fördert und dem Staate alljährlich Millionen neue Einnahmen als Postfächer bringt. Wir leben aber in einer „merkwürdigen Zeit“. Das Wohlwende soll sterben! Unsere „Steuersucher“ sind auf die harmlose Ansichtspostkarte gestoßen, nachdem man vergeblich durch „Krüppelsteuer“, Junggesellensteuer usw. den Reichsalltag zu verstopfen gesucht hat. Das bildungsfeindliche Zentrum hat ein Interesse daran, auch die blühende Postkartenindustrie zu vernichten, nachdem man durch den Gungertarif arme Arbeiter schon genügend belastet hat. Die Ansichtspostkarte ist nach Ansicht dieser Leute eben ein „Luzusartikel“ und fördert auch die „Unsitlichkeit“. Der Heine und Postkarte! Deshalb stellte auch der wackere Zentrumsmann Nacken den famosen

Antrag: „Für jede im Inland aufgegeben Postkarte eine Extrastempel in Form einer Zuschmarke von 2 Pf. zu erheben.“ Statt 5 Pf. soll also künftig der Absender einer Postkarte noch die Extrastempel von 2 Pf., zusammen 7 Pf. zahlen, gleich 40 Prozent Portoerhöhung! Man rechnet damit, daß dann die Postkartensteuer 10 Millionen Mark jährlich abwerfen würde. Doch der Postminister hat der Steuerkommission schon erklärt, die ja diesen Antrag bereits angenommen hat, daß mit einer Einnahme von 10 Millionen Mark nicht zu rechnen sei. Er schätzt den Rückgang im Versand dieser Karte infolge des Portoerhöhung auf 25 bis 30 Prozent, so daß also nur 7,5 Millionen Mark Einnahmen zu erzielen wären. Man müsse aber auch den Portoausfall von je 5 Pf. berechnen, wenn 25 Prozent weniger Karten künftig versandt würden, so daß dadurch 6,25 Millionen Mark Schaden entstehe. Nun haben aber Länder wie Italien, Griechenland usw. Erfahrungen in dieser Art Steuer gemacht und gefunden, daß dadurch 50 Prozent Karten weniger versandt wurden, und sind deshalb zur Abschaffung dieser unrentablen Steuer geschritten. Deutschland „allzeit voran“ will nun diesen Schilbbürgerstreich nachmachen. Statt des erhofften 10 Millionen Mark-Steuerertrags werden bei einem Rückgang des Versandes kaum 6 Millionen Mark erzielt werden, dagegen 7 bis 8 Millionen Mark Portoerlust zu verzeichnen sein. Man wird eine deutsche Erfindung und Kulturereignis vernichten, armen Arbeitern auch diese harmlose Freude zerstören, hübsche Postkarten ihren Familien und Freunden aus der Ferne zu senden. Mehr noch fällt aber ins Gewicht, daß 50 bis 60 000 Arbeiter dem Hunger überliefert werden, wenn diese Steuer Gesetz würde. Deshalb haben auch alle anderen Berufe ein lebhaftes Interesse daran, daß die Steuerfucher ein Fiasko erleiden.

**Soziales.**

**„Gemeinnützige Rechtsauskunftstellen.“**

Der Schutz der Arbeiter vor dem sozialdemokratischen Einfluß ist eine Aufgabe, welcher sich die preussische Regierung mit ebenso großem Eifer als geringem Erfolg widmet. Ganz besonders haben es ihr die von den organisierten Arbeitern unterhaltenen Arbeitersekretariate angetan, deren gemeinnütziges Wirken so offensichtlich ist, daß man es nicht wagt, mit der gewöhnlichen preussischen Polizeipatrouille gegen sie vorzugehen. Die direkte und indirekte Förderung, welche die Arbeiterorganisationen durch diese Sekretariate erfahren, hat aber die Geheimräte auf den Gedanken gebracht, Gegenorganisationen zu gründen. Wenn die Städteverwaltungen unentgeltliche Rechtsauskunftstellen errichten, so deduzierte man, dann wird sich diesen der Strom der Auskunftsfindenden zuwenden, die so dem Einfluß der „sozialdemokratischen“ Arbeitersekretariate entzogen werden. Der Eifer der Städte in der Errichtung von Auskunftstellen zur Bekämpfung der Sozialdemokratie soll durch staatliche Beihilfen angefaßt werden, die auf Verlangen der Regierung in bereitwilligster Weise vom preussischen Finanzparlament genehmigt wurden. Wo es sich um eine wirkliche Förderung von Arbeiterinteressen handelt, da ist man an diesen Stellen bekanntlich sehr zugeneigt, aber im Kampfe gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbewegung kann es auf einige hunderttausend Mark nicht ankommen.

Nunmehr gibt die preussische Regierung im Ministerialblatt der Handels- und Gewerbeverwaltung einige Anweisung für die zweckmäßige Einrichtung der sozialdemokratischen Rechtsauskunftstellen. Für größere Gemeinden wird die Errichtung besonderer Auskunftstellen empfohlen und von der Übertragung der Auskunftserteilung auf die einzelnen städtischen Geschäftsstellen (Bureaus) abgeraten, da die hier beschäftigten Beamten weder die erforderliche Zeit für die Rechtsberatung besitzen, noch auch befähigt seien, über Fragen des bürgerlichen Rechtes fachgemäße Auskunft zu erteilen. Auf die Lage des Geschäftslokals, das zunächst in den Mittelpunkt des gewerblichen Lebens zu verlegen sei, auf die zweckmäßige Festlegung der Geschäftsstunden und auf die Beschaffung eines Wartezimmers, damit die Rechtsfindenden ihre Wünsche dem Beamten allein vortragen könnten, müsse Wert gelegt werden. Nicht erforderlich sei es, an die Spitze der Auskunftsstelle einen akademisch gebildeten Juristen zu stellen; vielmehr genüge es, namentlich wenn der Kostenaufwand für die Errichtung der Stelle einen Stöckelgrund abgibt, daß ein erfahrener Stadtschreiber mit dem Publikum verkehre, sofern ihm nur die Gelegenheit geboten sei, in schwierigeren Fällen bei dem die Aufsicht führenden rechtskundigen städtischen Beamten Rat zu holen.

Ob die Beachtung dieser Vorschläge den Instituten den erhofften Erfolg sichern wird, ist fraglich. Selbstverständlich wird man den mit der Errichtung der Anstalten verfolgten Zweck sorgfältig zu verhalten bestrebt sein, wie man auch auf der zu Beginn dieses Jahres in Magdeburg abgehaltenen Konferenz von Vertretern dieser Sorte Auskunftstellen streng darauf Bedacht nahm, den Anschein zu erwecken, als handle es sich um eine Veranstaltung, die einzig und allein dem Wohle der arbeitenden Klassen dienen soll. Dadurch werden sich die Arbeiter aber nicht täuschen lassen. Das instinktive Mißtrauen, das den von den Behörden unterhaltenen Auskunftstellen entgegengebracht wird, sorgt dafür, daß diese mit wirklich wichtigen Anliegen nicht behelligt werden, und das Bewußtsein, daß es sich um Institute handelt, welche die wahren Interessen der Arbeiter zu schädigen bestimmt sind, wird manchen von dem Besuch der Auskunftstellen abhalten.

Nach den Mitteilungen des Ministerialblattes sind seit dem Jahre 1904 in 28 Orten derartige „gemeinnützige“ Rechtsauskunftstellen errichtet worden. Davon befinden sich sechs in Großstädten, zehn in Städten von 50 000 bis 100 000 Einwohnern, fünf in Städten von 20 000 bis 50 000 Einwohnern und sieben in kleineren Gemeinden. Mit Hilfe der staatlichen Unterstützung sollen diese Anstalten den Kampf gegen die selbständige Arbeiterbewegung aufnehmen. Öffentlich lassen sie bald einmal einen Bericht über ihre Tätigkeit an die Öffentlichkeit gelangen, damit der „Erfolg“ dieser „gemeinnützigen“ Institute auch zahlenmäßig belegt werden kann.

Die diesjährige Maifeier hat nach den Zeitungs-meldungen einen besonders imposanten Verlauf genommen, und das, obwohl fast allenthalben, besonders in Norddeutschland, die Scharfmacherorganisationen den feiernden Arbeitern vorher die Aussperrung angedroht hatten. So ist es denn auch in Berlin, Hamburg und Leipzig und einigen anderen Städten zur Aussperrung feiernder Arbeiter gekommen, diese Aussperrungen haben unseres Erachtens aber nur die Ohnmacht des Scharfmachertums enthüllt; denn was will es besagen, wenn in Berlin beispielsweise die Kühnemänner 45 000 Arbeiter einige Tage aussperrten angesichts einer Beteiligungsziffer an der Maifeier in Berlin, die auch von bürgerlichen Blättern auf mindestens 120 000 Arbeiter geschätzt wird. Oder wenn die Hamburger Reeder einige tausend Hafenarbeiter aussperrten, ohne in der Lage zu sein, die Aussperrung nachhaltig durchzuführen zu können. Oder wenn in einigen Metallindustriegebieten in Berlin und Nürnberg eine Aussperrung in Formen vollzogen wird, die die Sorge der Unternehmer erkennen läßt, die ausgesperrten Arbeiter könnten ihnen endgültig verloren gehen. Mit Scharfmachermitteln ist der Maifeier nicht beizukommen, das hat die diesjährige starke Beteiligung an derselben gezeigt.

**Verbandsnachrichten.**

**Bekanntmachungen des Vorstandes.**

Den folgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines Sozialbeitrags ab 1. Mai d. J. in nachfolgender Höhe pro Woche erteilt: Breslau 25 Pf., Straßburg 10 Pf., Starnberg 5 Pf., Chemnitz 5 Pf.

Die Eröffnung des sechsten ordentlichen Verbandstags erfolgt am Sonntag, 20. Mai, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Severinstraße 197/199, in Köln. Diese Eröffnungssitzung gilt nur als Vorversammlung zur Konstituierung des Verbandstags, während die eigentlichen Verhandlungen am 21. Mai im gleichen Lokal beginnen werden.

**Tagesordnung:**

1. Konstituierung des Verbandstags.
2. Vorstands- und Kassenbericht.
3. Bericht des Ausschusses.
4. Bericht der Redaktion und Preßkommission.
5. Beitragsserhöhung und Einführung der Krankenunterstützung.
6. Statutenberatung.
7. Wahl der Vorstandsbeamten.
8. Sonstige Verbandsangelegenheiten.

Die Delegierten wollen sich so einrichten, daß sie bis zur Eröffnung der Vorversammlung in Köln eingetroffen sind. Etwaige Wünsche in bezug auf Quartier sind rechtzeitig an das Bureau der Zahlstelle Köln, Gereonswall 4, mitzuteilen. Das Wohnungsbureau befindet sich ab Samstag, 19. Mai, in der „Glückauf-Galle“, Laurenzplatz 4. Ebenso werden von diesem Tage an Kollegen, welche den Kopf der Holzarbeiter-Zeitung sichtbar tragen, auf dem Zentralbahnhof zum Empfang der Delegierten anwesend sein.

Die zum Verbandstag gewählten Delegierten werden gebeten, vor ihrer Abreise nach Köln ihr Mandat usw. bei dem Bevollmächtigten ihrer Zahlstelle in Empfang zu nehmen.

Infolge des Verbandstages werden in der Woche vom 20. bis 26. Mai die Geschäfte auf dem Verbandsbureau nicht mit voller Pünktlichkeit erledigt werden können. Wir ersuchen die Zahlstellenverwaltungen deshalb, bei der Korrespondenz hierauf Rücksicht nehmen zu wollen und eilige Sachen soviel als möglich vorher zu erledigen, nicht eilige aber bis nach dem 6. und 7. Mai zu verschieben. In der Verbandstagswoche bitte die Briefe an die Korrespondenzen (aber nur solche) für den Verbandsvorstand nach Köln, „Volkshaus“, Severinstraße 197/199, zu adressieren.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 52787 Karl Heindorf, Tischler, geb. 18. 9. 54 zu Wilkau.
  - 182575 Wenzel Jurawski, Tischler, geb. 12. 8. 84 zu Straßburg.
  - 195961 Richard Kindel, Tischler, geb. 28. 2. 43 zu Johannsgeronstabt.
  - 219847 Ferdinand Sauer, Tischler, geb. 1. 7. 70 zu Freienfee.
  - 280922 Hannes Hansen, Korbmacher, geb. 17. 1. 49 zu Hamburg.
- Stuttgart, Adlerstraße 43. Der Vorstandsvorstand.

**Korrespondenzen.**

Berlin. (Musikinstrumentenarbeiter.) In der letzten Vertrauensmännerversammlung wurde der Bericht über den Verlauf der Maifeier gegeben. Die Berliner Klavierarbeiter haben diesmal für die Maifeier ein weit größeres Interesse gezeigt als in früheren Jahren. So beteiligten sich die Kollegen aus einer Anzahl Betriebe, wo sonst am 1. Mai überhaupt noch nicht gefeiert worden ist. Trotzdem die Unternehmer vielfach mit Aussperrung und Entlassung drohten, ließen sich doch die Kollegen nirgends einschüchtern. Auch bei der Firma Weichstein ließen von 700 Beschäftigten 124 am 1. Mai die Arbeit ruhen. Es war dies die große Mehrzahl der im Betrieb vorhandenen Verbandsmitglieder, welche den Beschluß gefaßt hatten, zu feiern. Sie wurden zur Strafe für ihre Mannhaftigkeit bis zum 7. Mai ausgesperrt. Unter der Schar der Feiernenden waren die Pianomechanikerarbeiter und -arbeiterinnen das erste Mal stark vertreten. Bei der größten Firma dieser Branche arbeiteten am 1. Mai von 480 beschäftigten Personen nur etwa 80. In dem nächstgrößten Betrieb erschienen von 400 Arbeitern und Arbeiterinnen 204 am 1. Mai nicht zur Arbeit. Von den übrigen verließen etwa 100 schon in der ersten Arbeitsstunde den Betrieb, nachdem sie sich überzeugt hatten, daß die reichliche Hälfte ihrer Kollegen und Kolleginnen nicht arbeiteten. In zwei kleineren Mechanikfabriken ruhte am 1. Mai der Betrieb vollständig. Eine Auszählung in der Vertrauens-

männerversammlung ergab, daß in 108 Betrieben der Berliner Musikinstrumentenindustrie sich 8000 Arbeiter und Arbeiterinnen an der Maifeier durch Arbeitsruhe beteiligt haben. Außerdem feierten in 7 Betrieben einzelne Kollegen. Im Jahre 1905 wurde nur in 58 Betrieben gefeiert. Wenn auch, wie schon erwähnt, viele Unternehmer mit Aussperrung gedroht haben, so fanden sich doch nur wenige, die diese Drohungen zur Tatsache werden ließen. Nur 6 Unternehmer folgten der Aufforderung ihrer Fabrikantenvereinigung und sperrten die feiernden Arbeiter aus. Die Zahl der ausgesperrten Klavierarbeiter betrug 199. In einem Falle wurden 25 Kollegen drei Tage ausgesperrt, alle übrigen sind bis zum 7. Mai ausgesperrt. Drei Kollegen meldeten sich als Gemäßregelte.

Wenn die Unternehmer glauben, durch solche Maßnahmen die Kollegen vor einer zukünftigen Beteiligung an der Maifeier zurückschrecken zu können, so sind sie im Irrtum. Gerade bei der diesjährigen Maifeier hat sich gezeigt, daß auch die Berliner Musikinstrumentenarbeiter mehr Mut und Vertrauen zu sich selbst und zu ihrer Organisation gefaßt haben, und im kommenden Jahre wird die Zahl der Organisierten eine weit größere sein wie gegenwärtig. Eine ganze Anzahl nichtorganisierter Klavierarbeiter haben sich nach dem 1. Mai zur Aufnahme in den Holzarbeiterverband gemeldet.

Gebweiler. Der Holzreichtum der Vogesen hat die Errichtung von Sägewerken sehr gefördert, und die Wasser der Lauch treiben unermüßlich die Räder der Sägemühlen und die Maschinen der Schreinereien. In diesen Betrieben aber arbeiten zureichend 200 Holzarbeiter in harter, langer Arbeitszeit. 10 1/2 bis 11 Stunden pro Tag mußten diese Arbeiter im Betrieb stehen zu einem Lohn von durchschnittlich 24 Pf. pro Stunde. Diese Arbeiter sehen nichts von der Schönheit der Natur, von der Pracht ihrer Heimat. Sie leben sozusagen im Paradies und wissen es nicht. Der Sinn für Naturschönheit ist ihnen in langer Fron und Knechtschaft abhanden gekommen. Da erschienen eines Tages auch in jenen Tälern die Agitatoren der Verbände. Mühsam wurden Zahlstellen errichtet, und in unermüßlicher, zäher Arbeit wurde ein Mitglied um das andere erworben. Scheu betrachteten diese Talbewohner die neue Lehre, das war etwas anderes als das, was der Priester und Kapitalist sie bis heute gelehrt. Schwer war es ihnen, zu begreifen, daß sie als Menschen und nicht als Arbeitsstiere geboren, daß sie ein Recht haben auf eine menschliche Existenz. Doch unermüßlich drang der Wahnwitz an ihre Ohren, und endlich war man soweit, daß die im Holzarbeiterverband organisierten Schreiner und Säger einen Vorstoß wagen konnten. Und heuer am 1. Mai, am Weltfeiertag des Proletariats, verhandelte der Verband mit den Unternehmern in den Zehnstundentag. Es war das das erste Mal, daß in Gebweiler der Holzarbeiterverband mit Forderungen an die Unternehmer herantrat. Die Unternehmer wollten zuerst nur fünfzehn Minuten hergeben, und endlich, als der größte Unternehmer am Orte, mit welchem zureichend zwei Stunden verhandelt wurde, nachgab, da waren auch die anderen zu bewegen, und so wurde ohne Kampf in Gebweiler am 1. Mai der Zehnstundentag mit gleichem Tagelohn erzwungen. Jeder Holzarbeiter im Blumental hat seinen Nutzen davon. 150 Arbeitsstunden pro Jahr und Arbeiter sind gewonnen, gewiß ein schöner Erfolg. Hat nun auch jeder Holzarbeiter seine Pflicht getan? Nein! Denn noch mancher steht dem Verband fern, noch so mancher steht außerhalb der Organisation und nimmt jetzt teil an der Ergründung, die ohne Verband nie und nimmer gekommen wäre. Kollegen, ist das gerecht? Ist das ehrlich gehandelt an seinem Nebenmenschen? Wir sagen nein! Ehrenpflicht aber eines jeden Holzarbeiters im ganzen Blumental ist es nun, sofort dem Verband beizutreten. Es gilt, nicht bloß das Ergründene zu erhalten, nein, es gilt, weiterzuschreiten auf der Bahn des Erfolges, denn es ist noch viel zu erobern übrig geblieben. Denket an die Bühne im Blumental, sind sie nicht noch sehr niedriger, trotzdem die Lebensmittel dort hinten ebenso teuer sind wie anderswo. Denket an eure Frauen und Kinder, steht Mann für Mann zusammen, seid einig. Die Zeit wird dann nicht mehr fern sein, wo ihr die Schönheiten eurer prächtigen Heimat genießen könnt, als freie Bürger und Menschen in Wohlstand und Freude.

Hamburg a. d. Elbe. Mit den Modell- und Fabrik-tischlern ist es hier insofern noch übel bestellt, indem von den etwa 100 hier beschäftigten Kollegen erst ein kleiner Bruchteil organisiert ist. Die Löhne sind dementsprechend niedrig. Während für die Modelltischler ein Minimallohn von 50 Pf. besteht, für die Bautischler ein solcher von 53 Pf. besteht, der sich im nächsten Jahre noch um 2 Pf. erhöht, müssen sich die Modell- und Fabrik-tischler zum Teil mit 42 Pf. abspesen lassen. Dies ist lediglich eine Folge der Zerfahrenheit unter den Kollegen, die sie verhindert, als Unorganisierte bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu er-zwingen. Vielleicht rüttelt die soeben glücklich und erfolgreich beendete Lohnbewegung der Bau- und Modelltischler die Modell- und Fabrik-tischler aus ihrem Schlafe auf. Auf-gewecktere Kollegen haben die Agitation auch schon in die Hand genommen. So tagte am 28. April hier eine öffent-liche Modell- und Fabrik-tischlerversammlung, in der der Kollege U. Bannhoff-Hamburg über die am 28. und 29. März in Halle a. S. abgehaltene Konferenz der Modell- und Fabrik-tischler ausführlich referierte. An das Referat schloß sich eine lebhafteste Diskussion, in der die Bauheit der Kollegen getadelt und zur Bemerkung einer durch-greifenden Agitation empfohlen wurde, einen Vertrauens-mann zu ernennen, dem die Aufgabe zugewiesen wurde, die Verbindung zwischen der Ortsverwaltung der hiesigen Zahl-stelle des Holzarbeiterverbandes und der Sektion der Modell-tischler in Hamburg aufrecht zu erhalten, um so mit Unter-stützung dieser beiden Korporationen eine lebhafteste Agitation unter den hiesigen Modell- und Fabrik-tischlern zu unter-halten, damit auch diese dem Verband zugeführt und deren elenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse aufgebeßert werden können. Noch steht es traurig hier aus, doch warum sollten gerade die hiesigen Modell- und Fabrik-tischler mit ewiger Blindheit geschlagen sein?

Plattling. Es wird vielleicht manchen Kollegen inter-essieren, wenn er auch von der Orgelbauanstalt des Herrn Jgnaz Weise dahier etwas hört, denn dieser Herr sucht immer von auswärts Arbeiter für seinen Betrieb, wenn auch selten einer kommt. Beschäftigt sind zehn Kollegen, davon sind acht organisiert. Die Löhne sind noch recht schlecht und

stehen im Vergleich zu den hiesigen Lebensverhältnissen weit zurück. Es erhalten sieben Kollegen einen Stundenlohn von 26 bis 33 Pf., ein Kollege hat 42 Pf. und zwei Orgelbauer, sind auch Werksführer, erhalten 52 bis 55 Pf. bei zehnstündiger Arbeitszeit. Für Überstunden wird kein Zuschlag bezahlt. Auch die Werkstätten sind nicht so glänzend eingerichtet, um wie Herr Weise gerne haben möchte, zu einem Musterbetrieb zu passen, denn der dicke Staub in der Maschinenhalle, welcher wegen Fehlen von Ventilatoren nicht abziehen kann, ist gewiß nicht gesund, und die angestrichenen Fensterscheiben sind besonders im Sommer für die Augen fast unerträglich. Diese Fenster eignen sich eher für ein Gefängnis, als wie für die Betriebsräume einer katholischen Firma, wo sie nur deshalb da sind, um den Arbeitern das Anschauen der freien Natur zu verhindern. An uns Kollegen liegt es, durch Ablegen jeder Furcht und immer besseren Zusammenschluß in der Organisation solche Zustände zu beseitigen und uns auch bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erringen. In der Orgelbauanstalt in Deggendorf ist die Lage der Arbeiter nicht besser und werden dort noch Löhne gezahlt für Schreiner von 25 bis 28 Pf., für Orgelbauer von 30 bis 35 Pf. die Stunde. Es wäre für die Kollegen auch an der Zeit, daß sie von ihrem Schläfe erwachen und in den Deutschen Holzarbeiterverband eintreten, dann wird es auch besser werden.

**Naschan.** Wie im letzten Halbjahr 1905, so geht es auch im neuen Jahre vorwärts. Bereits 54 Neuaufnahmen waren in diesem Jahre zu verzeichnen, so daß wir jetzt rund 200 Mitglieder zählen. Aber wir müssen noch mehr agitieren, um auch den letzten Mann in den Verband hineinzubekommen. Hier bleibt dem Verband ja noch so viele Arbeit! Unter den elendesten Löhnen muß die hiesige Arbeiterschaft arbeiten. Nur wenige Kollegen verdienen mehr als 18 Mk. pro Woche, viele müssen sich aber mit einem Wochenlohn von 11 Mk. begnügen. Und das in der jetzigen Zeit der Teuerung, wo das Fleisch unerschwinglich ist und auch das Brot eine Preissteigerung erfahren hat. Kollegen, sorgt für die Ausbreitung unserer Organisation, damit wir bald eine durchgreifende Verbesserung der Verhältnisse herbeiführen können.

**Rheydt.** Hier fand am 22. April eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, in der Kollege Meyer-Düsseldorf über das Thema referierte: „Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation“. Obwohl die Verhältnisse in Rheydt wirklich nicht die besten sind, hatte es doch ein großer Teil der Kollegen nicht für nötig befunden, diese Versammlung zu besuchen. Wie notwendig es ist, Aufklärung zu bringen unter die Kollegen, illustriert sehr drastisch ein mit großen Lettern im „Rheydter Tageblatt“ veröffentlichter Aufruf an alle Holzarbeiter von Rheydt und Umgebung, wonach die Gehilfen der Dampfschneiderei von Bierhaus befohlen, daß sie sich an der öffentlichen Holzarbeiterversammlung, zu der sie besonders dringend eingeladen waren, nicht beteiligen werden. Fürwahr ein herrliches Kulturbild. Fragt man nach dem Grunde dieser öffentlichen Kundgebung, so muß man noch mehr staunen. Unkläglich des Kaiserbesuchs in Rheydt wurde von der Firma Bierhaus ein Plakat in der Werkstätte angeschlagen, wonach an diesem Tage die Arbeit ruhen sollte. Der einzige dort organisierte Kollege verlangte darauf von der Firma die Bezahlung dieses Tages, — große Entrüstung bei der Firma und sofortige Kündigung dieses Kollegen. Den Erfolg dieses Vorgehens ließen sich die übrigen dort beschäftigten Kollegen wohl sehr gern gefallen, als ihnen nämlich bei der nächsten Löhnung der Tag wirklich bezahlt wurde, aber daran dachten sie nicht, daß sie dem gekündigten Kollegen gegenüber ebenfalls eine Pflicht hätten. Als Dank erschien vielmehr direkt unter der Einladung zur öffentlichen Versammlung jener vorgenannte Aufruf. Ob diesen Kollegen nicht die Schamröde ins Gesicht gestiegen ist beim Lesen ihres eigenen Aufrufs? Wir wissen es nicht. Die Verbandskollegen haben um so mehr die Pflicht, hier aufklärend zu wirken.

**Sterbefälle.**

- Albert Mast, Schreiner, geb. 11. November 1876 zu Deggendorf, gest. 28. März 1906 ebenda.
- Jakob Recker, Tischler, geb. 6. Juni 1871 zu Eibenberg, gest. 1. April 1906 zu Leipzig.
- Heinrich Carlos, Parkettleger, geb. 2. April 1856, gest. 29. März 1906 zu Breslau.
- H. Pfennig, Tischler, geb. 5. Dezember 1852 zu Zeitzsdorf, gest. 10. April 1906 zu Leipzig.
- M. Zietzmann, Pianoforttischler, geb. 4. März 1872 zu Obersteinbach, gest. 10. April 1906 zu Leipzig.
- Paul Tomaszewski, Tischler, geb. 13. Juni 1886 zu Berlin, gest. 7. April 1906 zu Spremberg.
- Christian Hartwig, geb. 25. Dezember 1857 zu Kohlhausen, gest. im März 1906 zu Duisburg.
- Hermann Hoem, Stellmacher, geb. 27. Oktober 1872 in Rönigsberg, gest. 18. April 1906 zu Düsseldorf.
- Wilhelm Knie, geb. 11. März 1887 zu Belgig, gest. 9. April 1906 zu Brandenburg.
- Christian Böbler, Schreiner, geb. 6. Januar 1880 zu Bennigen, gest. 20. April 1906 zu Heilbronn.
- Wilhelm Schröder, Tischler, geb. 24. Februar 1882 zu Schnebeck, gest. 19. April 1906 zu Rathenow.
- Lois Angele, Birkenmacher, geb. 17. Mai 1866 zu Gammansweiler, gest. 18. April 1906 zu Memmingen.
- Hermann Bürger, Tischler, geb. 25. März 1872 zu Gäßersdorf, gest. 10. April 1906 zu Söbau.
- Otto Gentsch, Birkenmacher, geb. 1. August 1864 zu Mägeln, gest. 8. April 1906 zu Elbing.
- Hermann Heidel, Tischler, geb. 7. November 1881, gest. 11. April 1906 zu Anklam.
- Wilhelm Steinel, Tischler, geb. 26. August 1877 zu Götlin, gest. 12. März 1906 zu Kaiserswerth.
- Hermann Gylberg, geb. 26. Februar 1878 zu Wilhelmshagen, gest. 5. April 1906 ebenda.
- Heinrich Aelkel, geb. 27. Juni 1879 zu Verdun, gest. 5. April 1906 zu Metz.
- Ferdinand Gähler, Schreiner, geb. 25. Dezember 1871 zu Buch, gest. 30. März 1906 zu Nürnberg.
- Johann Besahl, Schreiner, geb. 16. August 1881 zu Plech, gest. 23. April 1906 zu Nürnberg.
- Christoph Wurde, Schreiner, geb. 21. August 1872 zu Brand, gest. 22. April 1906 zu Nürnberg.
- Franz Trumert, Binselmacher, geb. 18. Februar 1870 zu Nürnberg, gest. 20. April 1906 ebenda.

- Ernst Lehmann, Tischler, geb. 21. November 1885 zu Zeitz, gest. 22. April 1906 ebenda.
  - Otto Gentsch, geb. 1. August 1864 zu München, gest. 8. April 1906 zu Elbing.
  - Heinrich Dächbner, Tischler, geb. 15. Mai 1877 zu Enger, gest. 2. Mai 1906 zu Herford.
  - Paul Lucius, Mühlenbauer, geb. 10. April 1852 zu Cottbus, gest. 20. April 1906 ebenda.
- Chre ihrem Andenken!  
Die Ortsverwaltungen.

**Unsere Lohnbewegung.**

- Zugung ist fernzuhalten von:
- Tischlern nach Altensteig, Arnstadt (Hermann Streil), Augsburg (Brem), Apolda (Fr. Weißbrod), Bausen (Töpfer & Göl), Brieg i. Schl. (May Gaul), Colmar i. Elsaß, Döbeln (Gebr. Bezold), Gisleben (G. Berger), Fischbach i. L. (G. Schmitt), Grlitz (Fortagne), Heidelberg, Riegnitz (Ab. Krauthahn), Meissen (Maschinenfabrik Dieselt & Locke), Mülhausen i. Elsaß, Neugersdorf (G. Michan), Dels, Priebus (D. F. Schulze), Remscheid, Saalfeld (Obermühle), Schweinfurt, Schwenningen, Stettin, Stockach, Stolp in Pommern, Ulm, Varel (B. Jürgens), Willingen, Waren (Hohfeld), Weimar (Vindemann), Weißwasser (Ortel & Cie.), Zerbst, Genf, St. Gallen, Lausanne, Klingnau-Dottingen, Zürich (Schweiz);
  - Tischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Herford, Nordhausen, Rostock, Schwabach, Stuttgart-Cannstatt, Wolgast;
  - Tischlern, Drechslern, Polierern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Berlin (F. Drechsler, Subenerstr. 33), Frankfurt a. O., Lübeck;
  - Stuhl- und Sofaarbeitern, Tischlern, Polierern, Drechslern, Bildhauern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Celle, Seringswalde, Gartha, Leisnig, Schweitzerhain, Waldheim;
  - Modellschreibern und Stellmachern nach Braunschweig, Hannover;
  - Holzarbeitern aller Branchen nach Braunschweig, Stettin (Poppen);
  - Drechslern nach Bockenem (Rutsche & Co.), Mannheim; Gummidrechslern nach Cassel (Evens & Pistor);
  - Korbmachern nach Fürstenberg a. Oder, Lübeckstadt, Hirschaid, Köhlschbroda, Monheim, Schußfließ, Themar, Wittenberg, Schweiz, Schaffhausen (Sandler);
  - Birkenmachern und Drechslern nach Rostock, Schweiz; Stellmachern nach Berlin, Bremen, Götlin;
  - Sägen- und Sägewerksarbeitern nach Mlisch bei München (Th. Kirsch & Söhne);
  - Korkarbeitern nach Breslau, Schwerin in Meckl. (Lammers);
  - Pantinenmachern nach Cottbus (Fr. Meschte), Wittenberge.

**In Apolda** sind in der Tischlerei von Fr. Weißbrod Differenzen ausgebrochen, und wird ersucht, diesen Betrieb zu meiden.

**In Augsburg** sind in der Werkstätte Brem durch Entlassung von fünf Schreibern Differenzen ausgebrochen und ist die Sperre über das Geschäft verhängt. Die Kollegen werden ersucht, die Werkstätte Brem zu meiden.

**In Bielefeld** haben die Stellmacher an die Arbeitgeber Forderungen auf Einführung der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit, Festsetzung des Minimallohnes auf 35 Pf., sowie Erhöhung der bisherigen Stundenlöhne um 5 Pf. gestellt. Da die bisherigen Versuche, Verhandlungen anzubahnen, resultatlos waren, ist es nicht ausgeschlossen, daß es zur Arbeitseinstellung kommt. Deshalb wird ersucht, den Zugang von Stellmachern nach Bielefeld in der „Holzarbeiter-Zeitung“ zu sperren.

**In Bielefeld** haben die Stellmacher an die Arbeitgeber Forderungen auf Einführung der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit, Festsetzung des Minimallohnes auf 35 Pf., sowie Erhöhung der bisherigen Stundenlöhne um 5 Pf. gestellt. Da die bisherigen Versuche, Verhandlungen anzubahnen, resultatlos waren, ist es nicht ausgeschlossen, daß es zur Arbeitseinstellung kommt. Deshalb wird ersucht, den Zugang von Stellmachern nach Bielefeld in der „Holzarbeiter-Zeitung“ zu sperren.

**In Braunschweig** kamen durch den Ablauf der vierzehntägigen Kündigungsfrist am 21. April auch die Arbeiter der letzten zur Aussperrung angeblich verpflichteten Unternehmer zur Entlassung. Insgesamt sind 451 Holzarbeiter ausgesperrt, 16 Mann, welche sich auf sechs Betriebe verteilen, arbeiten weiter. Bei der Firma Amme, Giesecke & Rongen ließen sich im Stadium der Aussperrung auch zwei Tischler bewegen, im Monatsgehalt eingestellt zu werden. Desgleichen erklärten sich fünf Kollegen bereit auf Montage zu fahren, und dieses kurzzeit als ihre übrigen Kollegen entlassen wurden. Auch Herr Hofwagenfabrikant Paul Rathe hat jetzt sämtliche Leute entlassen, und wenn er auch versuchte, einige Stellmacher zu bewegen, doch die nötigsten Arbeiten zu machen und zu bleiben, so hat ihm keiner den Gefallen getan. Vielmehr wird sich gerade dieser Arbeitgeber damit abfinden müssen, endlich einmal den Wünschen seiner Arbeiter nachzukommen und statt zehn Stunden nur neun Stunden Arbeitszeit zu gewähren, sowie auch die vierzehntägige Lohnperiode in eine achttägige umzuwandeln. — Wenngleich angenommen wurde, daß die Zahl der Aussperrten 6000 bis 7000 erreichen würde, so trifft dieses nicht zu, denn die ganzen 16 Firmen, welche bis jetzt ausgesperrt, beschäftigten insgesamt nur 4055 Arbeiter. In Summa sind nur 2702 Personen von dem Lohnkampf betroffen. Davon 2811 ausgesperrte Personen aller Branchen und 891 streikende Formere. — In Anbetracht, daß sich die Unternehmer entschlossen haben sollen, mit ausgangs dieser Woche die Betriebe für die Unorganisierten wieder zu öffnen, und zu vermeiden, daß uns durch Zugang die Situation erschwert wird, ersuchen wir, den Zugang von Holzarbeitern aller Branchen fernzuhalten.

Wie uns kurz vor Redaktionsschluß mitgeteilt wird, dauert die infolge der Lohnbewegung der Formere in den Fabriken verhängte Aussperrung sämtlicher Holzarbeiter unverändert fort. Infolge der Beteiligung an der Meißener sind weiter in den Pianofabriken von Zeiter & Winkelmann und von Grottrian 170 Kollegen bis 9. Mai ausgesperrt. Da von den

Inhabern der Fabrik von Grottrian als Bedingung für die Wiedereinstellung der Austritt aus der Organisation gefordert wird, so werden die Kollegen dringend ersucht, ohne Vermittlung unserer Arbeitsnachweises, Werder 82 in Braunschweig, jegliches Arbeitsangebot strikte abzulehnen.

**In Breslau** sind in der Fabrik für Eisengießerei Guttmann sämtliche Korkarbeiter ausgesperrt. Zugang ist fernzuhalten.

**In Celle** dauert der Streik der Stuhlarbeiter fort. Von den Streikenden erhalten mehr und mehr andere Arbeit. Es sind wohl kaum noch so viel Arbeiter der Branche vorhanden, daß soeben eine Fabrikant seine Fabrik wieder besetzen könnte. Von den wenigen Streikbrechern, welche hier waren, sind einige wieder abgereist; die drei Meiler, welche der „ehrwürdige“ Meister J. aus Kiel angeste, müssen natürlich die Nacht in Arbeitsräumen der Firma Fr. zubringen. Am ersten Morgen, als dieselben da logierten, schien man bange zu sein, daß sie wieder ausrücken oder gar gestohlen würden, denn man hatte am Abend zuvor einen recht dicken Pfahl in die Erde und dann gegen die Tür gerammt, so daß sie am frühen Morgen, als sie wohl ihre Notdurft verrichten wollten, nicht aus der Tür kommen konnten; sie mußten warten, bis sie aus ihrem Asyl befreit wurden. Versuche, sie in der Stadt unterzubringen, scheiterten. Wir bitten, den Zugang fernzuhalten.

**In Götlin** ist der Streik der Stellmacher in der Wagenfabrik Utermühle zugunsten der Arbeiter beendet. In mehreren Verhandlungen, geführt zwischen den Führern der beteiligten Organisationen, wurde ein Vertrag abgeschlossen, nach welchem die Arbeitszeit pro Woche 56 (bisher 60) Stunden beträgt, sowie eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 4 Pf. pro Stunde erreicht wurde. Der Minimallohn für Kastenmacher beträgt 50 (bisher 45) Pf. pro Stunde, für Kastenmacher 48 (bisher 38) Pf. pro Stunde, wenn letztere ein Jahr die Lehrzeit beendet haben und 14 Tage im Betrieb arbeiten. Überstunden bis 2 Stunden werden mit 25 Prozent, über 2 Stunden sowie Sonntagsarbeit mit 50 Prozent mehr bezahlt. Der Streik hat also im ganzen 17 Tage gedauert und wurde mit einem vollen Erfolg beendet. Nicht bloß die Stellmacher, welche im Kampfe standen, erhielten die 9 1/2 stündige Arbeitszeit (Samstags 8 1/2 Stunden), sondern dieselbe trat für sämtliche Arbeiter des Betriebs in Kraft, in welchem ungefähr noch 80 Metallarbeiter, Lackierer und Polsterer beschäftigt sind, unter Bezahlung des seither bestandenen Tage- oder Wochenlohns. In der Burzswagenfabrik Scheele dauert der Kampf noch unverändert fort, doch sind auch hier Verhandlungen bereits im Gange, welche vielleicht zu einem günstigen Abschluß führen. Zugang ist jedoch nach wie vor fernzuhalten.

**In Götlin** nimmt die Bewegung der Kollegen in den Tischlereien weiteren Fortgang. Arbeit darf dort selbst nur durch Vermittlung der Lokalverwaltung angenommen werden.

**In Delmenhorst** gelang es den Korkarbeitern, in Verhandlungen mit den vereinigten Korkfabrikanten die zehnstündige Arbeitszeit (bisher 10 1/2 Stunden) und entsprechenden Lohnzuschläge zu erringen. So geht es auch bei den am schlechtesten gestellten Arbeitern allmählich vorwärts. — Möchten gerade die Delmenhorster Korkarbeiter nicht vergessen, daß sie diesen schönen Erfolg nur unserer Organisation verdanken. Möchten sie deshalb alle treu zum Verband halten und, soweit das noch nicht geschehen, sich alle sofort organisieren.

**In Detmold** sind Differenzen ausgebrochen. Die Unternehmer versuchen den neuerrichteten Arbeitsnachweis zu sprengen und ist es bei der Firma Briesler dieserhalb schon zum Ausstand gekommen. Zugang ist fernzuhalten.

**In Eisenach** haben die Herren Tischlermeister bewiesen, wie wenig ein Meisterwort gilt. Unsere Herren Arbeitgeber können ihrer Entrüstung gar nicht genug Ausdruck geben, wenn gelegentlich einmal an ihrer Vertragsstreue und damit an der Vertragsfähigkeit gezweifelt wird. Wie sehr diese Zweifel berechtigt sind, beweist das Verhalten hiesiger Meister. Im vorigen Jahr wurde zwischen unserem Verband und der Vereinigung Eisenacher Tischlermeister ein Vertrag abgeschlossen, nach welchem unter anderem für den 1. April 1906 die Verkürzung der Arbeitszeit auf 59 Stunden und 1 Pf. Lohnerhöhung zugesagt wurde. Der 1. April kam, was aber ausblieb, das waren die vereinbarten Vergünstigungen. Nur ein Teil der Herren hatte sich bequemt, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Unsere Ortsverwaltung wurde darauf beim Vorstehenden der Meistervereinigung vorstellig, der lehnte es ab, sich damit zu befassen und verwies die Kollegen an Herrn Walther, den damaligen Hauptmacher. Auch dieser lehnte es ab, etwas für die Durchführung des Vertrages zu tun. So bleibt es ja nun unseren Kollegen übrig, die geeigneten Maßnahmen zu ergreifen. Das wird zweifellos geschehen, und wenn diese den Herren Arbeitgebern nun nicht gefallen, so mögen sie die Schuld bei sich selbst suchen. Festgehalten muß unter allen Umständen werden, daß sich in Eisenach eine Anzahl Tischlermeister fanden, die um eines lumpigen Pfennigs willen vertrags- und wortbrüchig wurden.

**In Gisleben** hat sich Herr Möbelfabrikant Emil Berger trotz seiner offenkundigen Mißfolge mit seinen Insperaten noch nicht dazu verstehen können, das Recht der Arbeiter auf ihre Organisation und für sich die Pflicht zur Innehaltung geschlossener Verträge anzuerkennen. Seine Werkstätte ist deswegen für Tischler, Drechsler und Maschinenarbeiter strengstens gesperrt.

**In Frankfurt a. O.** dauert die Bewegung unverändert fort. Wir ersuchen, den Zugang streng fernzuhalten.

**In Fürstenberg** dauert der Korbmacherstreik unverändert fort. Die abermals nachgesuchte Unterhandlung wurde in der Meisterversammlung brüsk mit dem Bemerkten zurückgewiesen, auch nicht ein Pfennig mehr Lohn und keine Minute Arbeitszeitverkürzung werde bewilligt. Also vollständiges Zukreuzen wird uns zugemutet. Es mag sein wie es will, die Korbmachergefallen wissen nun endlich, wo ihre Freunde sthen, das patriarchalische Verhältnis ist durch den Streik gebrochen. Verloren ist der Streik noch lange nicht, es gilt nur, daß der Zugang ferngehalten wird und daß die am Orte Verbleibenden aushalten, dann werden auch diese Unternehmer nachgeben.

In Forst hat nunmehr auch der Tischlermeister Jant die Forderungen bewilligt, so daß die Sperre über diesen Betrieb aufgehoben ist.

In Gausch bei Leipzig hat der Korbfabrikant Ernst Mathesius sämtliche bei ihm beschäftigten Arbeiter wegen Feiern des 1. Mai ausgesperrt. Dieser Betrieb ist bis auf weiteres gesperrt. Bei Annahme von Arbeit bitten wir, unsere Verwaltung, Leipzig, Volkshaus, zu Rate zu ziehen.

In Gebweiler, wo bisher noch die 10 1/2 und 11 stündige Arbeitszeit bestand, gelang es unserem Verband, am 1. Mai durch Unterhandlungen mit den Unternehmern den Zehnstundentag zur Einführung zu bringen. Bravo!

In Paderleben erreichten die Möbeltischler ohne Streit eine Erhöhung des Minimallohnes von 88 auf 89 Pf. pro Stunde, 15 Pf. pro Stunde Zuschlag für Überstunden und Befreiung der Affordarbeit. Am 1. März 1907 soll eine weitere Steigerung des Stundenlohnes um 1 Pf. auf 40 Pf. eintreten. In den Baugeschäften ist eine Entzignung über die Stundenlöhne noch nicht erzielt worden.

In Harburg a. d. Elbe nahm die Lohnbewegung der Tischler einen günstigen Verlauf. Der Verlauf der Bewegung, die mit dem Abschluß eines Lohn- und Arbeitsstarifs als beendet angesehen werden kann, ist ein äußerst interessanter, was uns veranlaßt, hiervon kurz eine Schilderung zu geben. Am 24. März beschloß unsere Mitgliederversammlung, eine Lohnaufbesserung und eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden zu fordern, und da wir unsere Zwangsinnungsmeister kannten, übertrugen wir die Ausführung des Beschlusses zunächst dem Gesellenausschuß der Innung. Unser in der Versammlung anwesender Gauvorsitzer Röske ermahnte die Kollegen, im Falle einer Arbeitsniederlegung recht einig und geschlossen zusammenzuhalten, was diese auch versprochen. In der Versammlung am 31. März konnte der Gesellenausschuß die rechtzeitig eingelaufene Antwort der Innung mitteilen. Letztere hatte die neunstündige Arbeitszeit und eine Lohnerhöhung von 8 Pf. zugestanden, wollte aber von einem Minimallohn nichts wissen, nur bei Affordarbeit sollten 45 Pf. gesichert werden. Diese Zugeständnisse erschienen den Kollegen doch zu gering. Sie beauftragten daher den Gesellenausschuß, mündliche Verhandlungen mit der Innung herbeizuführen und vorzuschlagen, dem Kollegen Neumann als Mitglied des Gauvorstandes die Teilnahme an den Besprechungen zu erlauben. Diesen Einbruch in ihre Gesilde schlugen die Herren rundweg ab mit dem Bemerkten, „daß der Verband bei der Innung nichts mitzureden habe“. Nachsichtig, wie wir einmal sind, kamen wir der Innung entgegen. Bei den Verhandlungen bewilligte sie dann einen Lohnzuschlag von 5 Pf., einen Minimallohn von 50 Pf. und erhöhte den Garantielohn bei Affordarbeit auf 48 Pf. für die Gesellen, die über 20 Jahre zählen. Um den Streit zu vermeiden, nahmen wir die Zugeständnisse an, doch sollten diese von der Innung unter schriftlich beglaubigt werden. Die Unterschrift erfolgte auch, doch hatte die Innungsversammlung den ebenfalls bewilligten Lohnzuschlag von 5 Pf. bei Rundschafftsarbeit wieder gestrichen. Daraufhin beschloßen die Kollegen am 19. April, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen und die zuerst gestellten Forderungen aufrecht zu erhalten. Nach 14 Tagen sah sich die Innung veranlaßt, nicht nur mit dem Vertreter des Gauvorstandes zu verhandeln, sondern sogar mit dem Verband einen Tarif abzuschließen, in dem sie die Forderungen der Tischler anerkannte und den Mindestlohn von 50 Pf. für Möbeltischler und 58 Pf. für Bautischler vom 1. April 1907 ab noch um 2 Pf. erhöhte und dem Vorschlag zustimmte, daß in Zukunft Streitigkeiten zwischen den Meistern und Gesellen vom Vorstand der Tischlerinnung und dem Vorstand des Holzarbeiterverbandes geregelt werden sollen. Die zuerst fürchterlich spöttischen Innungsmeister sind zu der Einsicht gekommen, daß mit dem Holzarbeiterverband sehr gut zu verhandeln ist und ein Tarifvertrag zwischen den beiden Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer die sicherste Gewähr zur Herbeiführung und Erhaltung des Friedens bietet. Daran sollten sich noch manche Innungen ein Vorbild nehmen. Der 2. Mai wird die streikenden Tischler wieder bei der Arbeit finden, und Ruhe wird herrschen auf Jahre hinaus.

In Harzburg gefallen sich die Gebrüder Nordmann, Inhaber der dortigen Dampftischlerei, in Extremen. Als in vorigen Jahre die Kollegen gezwungen waren, wegen Nichtbewilligung der gestellten Forderungen dort die Arbeit niederzulegen und ihnen für geraume Zeit die Werkstätte gesperrt wurde, konnten sie sich nachher schön bequem, von selbst die schriftliche Zustimmung der Bewilligung der Forderungen zu geben. Dann ging's eine Zeitlang ganz leichtlich, bis die robuste Natur des jüngeren Geschäftsinhabers wieder ihr Recht zu fordern begann und in kurzen Intervallen sowohl in Taten als in Worten nach Entladung strebte. Nachdem nun auch noch den Kollegen das berechnete Verlangen nach Bezahlung der geforderten Überstunden mit 5 Pf. direkt abgelehnt worden ist unter der besonderen Bekäftigung, daß einem alten Kollegen vom befragten Herrn die Vorderzähne eingeschlagen wurden, liegt für uns übergenug Anlaß vor, über diesen Betrieb die Sperre anhaltend und wirksam durchzuführen. Die Kollegen werden ersucht, die Sperre über die Nordmannsche Tischlerei dringend zu beachten.

In Perforb sind in der Möbelfabrik von Wihl. Schmidt am 25. April die Tischler und Maschinenarbeiter, insgesamt 18 Kollegen in den Ausstand getreten. Die Ursache war die Maßregelung unserer Kommissionsmitglieder sowie schlechte Maschinenarbeit und schlechte Behandlung seitens Herrn Schmidt und dessen Meister Deppendorf. Vier Unorganisierte sind stehen geblieben und bemühen sich in Schweige ihres Angesichts mit dem Fabrikanten um die Wette, neue Arbeitskräfte für den Betrieb zu ködern, was ihnen bis heute nicht gelungen ist und ihnen voraussichtlich auch nicht gelingen wird, zumal die Schmidt'sche Wude wegen der dort herrschenden traurigen Arbeitsverhältnisse in der Weismöbelbranche weit und breit bekannt ist. Zugung von Tischlern und Maschinenarbeitern nach Perforb ist streng fernzuhalten.

In Jena gelang es, den Streit der Tischler mit Erfolg zu beenden. Auf der Grundlage eines vom Einigungsamt des Gewerbegerichtes gefällten Schiedspruchs kam ein Vertrag zustande, der den Kollegen die 9 1/2 stündige Arbeitszeit, Lohnerhöhungen von 2 Pf. pro Stunde sofort, 2 Pf. am

1. Oktober 1906 und 1 Pf. am 1. April 1907, 10 Pf. pro Stunde Zuschlag für Überstunden und 15 Pf. für Sonntagsarbeit gewährt. Die Kollegen haben dem Vertrag zugestimmt und die Arbeit am 2. Mai wieder aufgenommen. So sind denn endlich doch auch einmal die durchaus ungenügenden Arbeitsverhältnisse in der thüringischen Universitätsstadt aufgebessert worden. Die Kollegen tun gut, nun auch tatkräftiger am Ausbau der Organisation zu arbeiten, damit auch in den Pianofortebetrieben Besserungen erzielt werden können.

In Karlsruhe haben die Schreiner Forderungen eingereicht. Sie fordern Einführung der neunstündigen täglichen Arbeitszeit, 15 Prozent Lohnerhöhung, Garantierung des Tagelohnes bei Affordarbeiten, sonstige kleinere Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und Anerkennung der Tarife. Diese Forderungen wurden von den Arbeitgebern abgelehnt. Darauf beschloßen die Kollegen, die Arbeit am 7. Mai einzustellen. Es wird gebeten, den Zugung fernzuhalten.

In Kempton erzielten die Schreiner durch Unterhandlungen mit den Unternehmern, die vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichtes geführt wurden, eine Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden, eine Lohnerhöhung von 8 Prozent sofort und eine weitere dreiprozentige Lohnerhöhung ab 1. April 1907, 32 Pf. pro Stunde Mindestlohn für Gesellen ein Jahr nach beendeter Lehrzeit, von 37 Pf. pro Stunde zwei Jahre nach beendeter Lehrzeit; bei auswärtigen Arbeiten pro Tag 1,80 Mk., bei Montagearbeiten innerhalb Kemptens selbst 20 Pf., in der näheren Umgebung Kemptens 50 Pf. pro Tag Ertragsvergütung; 30 Prozent Zuschlag für Überzeit und 50 Prozent Zuschlag für Sonn- und Feiertagsarbeit. In Afford soll nicht gearbeitet werden. Zur Schlichtung etwaiger aus dem Tarif sich ergebender Streitigkeiten soll eine Schlichtungskommission eingesetzt werden. — Kollegen, nun liegt es an euch, für die Durchführung dieser Erzeugnisse, die wir unserer guten Organisation verdanken, Sorge zu tragen. Die Zimmermeister haben den Tarif nicht unterzeichnet, so daß dort die Kollegen — ausschließlich christliche, die im ganzen mit 15 Mann gegen rund 100 in unserem Verband organisierte — in den Streik getreten sind. Es empfiehlt sich deshalb noch, den Zugung fernzuhalten.

In Leipzig, wo die Holzarbeiter in diesem Jahre fast einhellig am 1. Mai die Arbeit ruhen ließen, ist infolge dessen von den Unternehmern eine umfassende Aussperrung beschlossen und teilweise auch durchgeführt worden. Die Scharfmacher im Arbeitgeberverband kamen schon am 1. Mai, nachmittags 4 Uhr, zu einer Sitzung zusammen, um „gegen die terroristischen sozialistischen Agitatoren energische Maßnahmen zu ergreifen“. Es wurde dann eine vierzehntägige Aussperrung beschlossen. Die Tischler-Innung war von den Machern des Schutzverbandes auf zwei Stunden später berufen, um zu diesem Beschlusse Ja und Amen zu sagen. Trotz der größten Anstrengung war jedoch bei den Innungsmeistern kein Entgegenkommen zu finden. In namentlicher Abstimmung wurde der Aussperrungsbeschuß gegen zwei Stimmen abgelehnt. Auch größere Firmen, welche dem Schutzverband angehören, ließen am 2. Mai anstandslos weiterarbeiten, so daß nur noch die Scharfmacher und ein Teil sich moralisch gezwungen fühlender Unternehmer übrig blieb. Die Aussperrung umfaßte am 2. Mai 53 Betriebe mit 1180 Kollegen. Rund 2000 Kollegen konnten ungehindert weiterarbeiten. Jetzt gng der Krach im Schutzverband los; ein Teil verlangte, daß der Beschuß aufgehoben würde, aber die Scharfmacher brühten nochmals drauf und setzten ihre Hoffnung auf eine Berufserklärung gegen die nicht aussperrenden Unternehmer. Das hatte zur Folge, daß am 3. Mai nochmals 3 Betriebe mit 48 Kollegen aussperrten. Einem Unternehmer wurde schriftlich angedroht, wenn er bis zum 5. Mai, morgens 7 Uhr, nicht aussperrt, dann solle er geschäftlich boykottiert werden. Soffentlich nimmt der Staatsanwalt Gelegenheit, diese Erpressungspolitik der Unternehmervereinigungen sich etwas näher anzusehen. Der Geist unter den ausgesperrten Kollegen ist ein vortrefflicher und herrscht allgemein eine große Kampfbereitschaft. Das Unternehmen versucht, die Arbeiter von den Aussperrungen abzuwenden. Wie erjuchen die Kollegen und Verwaltungen, den Annoncen die schärfste Aufmerksamkeit zu schenken und sofort Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Alle sachdienlichen Mitteilungen sind an das Bureau, Zeitzerstr. 82 II, zu richten und sind die reisenden Kollegen gehalten, nur den Arbeitsnachweis des Verbandes daselbst zu benutzen.

In Liegnitz endete der Streit der Bautischler nach vierstägiger Dauer mit dem Abschluß eines einheitlichen Tarifs für sämtliche am Orte befindlichen Bautischlereien. Nach dem Tarif erhöhen sich die bisherigen Affordsätze bis zu 20 Prozent, ebenso die bisherigen Stundenlöhne auch um 20 Prozent. Die Arbeitszeit, welche bisher noch 58 und 59 Stunden betrug, ist auf 56 Stunden pro Woche herabgesetzt worden, für Überstunden von 6 bis 8 Uhr erfolgt ein Zuschlag von 10 Pf. pro Stunde, bei weiteren Überstunden und Sonntagsarbeit beträgt der Zuschlag 20 Pf. Mit dem 1. April 1907 erhöhen sich die im Tarif aufgeführten Afford- und Stundenlöhne um weitere 10 Prozent und dürften demnach denen verschiedener größerer Nachbarstädte gleichkommen. Der Tarif tritt mit dem 1. Mai 1906 in Kraft und läuft bis 1. Mai 1908; derselbe ist für ein weiteres Jahr gültig, wenn dieser nicht drei Monate vor Ablauf durch eine der beiden Parteien gekündigt wird. Die beteiligten Kollegen dürften mit diesem Erfolge zufrieden sein, haben sie diesen doch nur ihrer Einigkeit zuschreiben, was auch für die Folge der Fall sein muß, um das Erzeugnisse zu verteidigen und hochzuhalten. Den Berufskollegen der übrigen Branchen am Orte möge dieses beweisen, daß nur noch durch festen Zusammenschluß etwas zu erreichen ist; namentlich die Möbeltischler und Musikinstrumentenarbeiter, wo Wochenlöhne von 10, 12 bis 15 Mk. nicht zu den Seltenheiten gehören, können diese Lehre gut brauchen. Demnach hätten die Kollegen alle Ursache, sich der gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen, und zwar dem Deutschen Holzarbeiterverband.

In Mainz erreichten die Schreiner ohne Streit auf den für 9 1/2 Stunden täglich berechneten Lohn, der auf einen 9 stündigen Lohn umgerechnet wird, einen Zuschlag von 8 Pf. pro Stunde sofort, von einem weiteren Pfennig am 2. September d. J. und von zwei weiteren Pfennig am ersten Zahlungstag im Monat Mai 1907; Erhöhung der Affordlöhne um 6 Prozent; neuereintretende Arbeiter, welche mindestens zwei

Jahre ihre Lehrzeit beendet haben, können den ihnen in den ersten 14 Tagen zukommenden Lohn mit dem Arbeitgeber regeln; nach 14 Tagen muß der Arbeiter mindestens 21 Mk. pro Woche verdienen; bei allen Affordarbeiten ist der vereinbarte Abschlag bis zur Beendigung derselben auszubezahlen; in allen Geschäften sind Lohnbücher einzuführen, die Eigentum des Arbeiters werden, sobald derselbe ein Jahr im Geschäft tätig ist oder war; Lohnzahlung erfolgt Donnerstag abend und muß dieselbe spätestens 15 Minuten nach Schluß der Arbeitszeit beendet sein; für Überstunden und Sonntagsarbeit wird ein Drittel Lohnzuschlag gewährt; Rautonen werden nicht mehr einbehalten; es werden einheitliche Entlassungsscheine eingeführt; für Arbeiten außerhalb Mainz werden bei Übernachtung für verheiratete Arbeiter pro Tag 3 Mk. exklusive Fahrgeld, für ledige Arbeiter 2,50 Mk. exklusive Fahrgeld vergütet; findet Übernachtung nicht statt, so wird pro Tag 1,20 Mk. exklusive Fahrgeld vergütet. Die Fahrzeit vor und nach der Arbeitszeit wird als gewöhnliche Arbeitszeit berechnet. Nachfahrten gelten als Tageszeit. Dieser Arbeitsvertrag, der auf unbestimmte Zeit gilt, tritt sofort in Wirksamkeit. Für die Scharfmacher soll durch eine gemischte Kommission ein Affordtarif vereinbart werden.

In Mellendorf-Glasbach haben die Arbeiter der Kranischen Fabrik einen achtenswerten Erfolg errungen. Es wurde ihnen, wenn auch in verschiedenen Termiinen, 10 Prozent Lohnerhöhung und die zehnstündige Arbeitszeit gewährt. Das ist zwar nicht viel, aber es war der erste Versuch, den die Arbeitererschaft des so idyllisch gelegenen Schwarzatalles unternahm, um geschlossen eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse vorzunehmen. Mögen die Arbeiter auch in Zukunft eingedenk sein, daß sie die Verbesserungen der Organisation verdanken und namentlich die in Aussicht gestellten Vergünstigungen nur erhalten werden, wenn sie treu zum Verband halten. Bei Stäcken in Mellendorf dauert der Ausstand noch fort.

In Wülhausen i. Gf. stellten die Kollegen Forderungen an die Unternehmer. Erreicht wurde durch Verhandlungen für zirka 250 Kollegen eine Lohnerhöhung von 5 bis 10 Prozent, an Samstagen eine Stunde früher Arbeitschluß, für Überstunden 50 Prozent Zuschlag und für Arbeiten außerhalb der Stadt entsprechende Vergütung. Am ersten in Betracht kommenden Zahlungstag weigerte sich der Möbelfabrikant Gierler, diese Zugeständnisse auch einzuführen, weshalb am 30. April sämtliche Kollegen, 23 Mann, einmütig die Arbeit niederlegten. Nach 2 1/2-tägigem Streik hatte sich der Unternehmer eines Besseren besonnen und führte oben genannte Bedingungen ein. So geht es auch im Gf. vorwärts.

In Neuhaldensleben sind von den Kollegen in sämtlichen Tischlereien und einer Wagenbauerei am 5. Mai die Forderungen eingereicht auf Einführung der 10 stündigen Arbeitszeit (bisher 11 Stunden), Erhöhung der Stundenlöhne um 5 Pf. und der Afforde um 15 Prozent, Festsetzung eines Minimallohns von 82 Pf. und Zuschlags für Überstunden von 10 bzw. 15 Pf. sowie Abschaffung von Kost und Logis beim Arbeitgeber. Die Entschuldigungsfrist ist bis 19. Mai gesetzt. Neuhaldensleben ist deswegen für Tischler und Stellmacher gesperrt.

In Nordenham, wo der Streik unserer Kollegen mittlerweile zu einer Aussperrung der Bauarbeitererschaft geführt hatte, gelang es jetzt, mit den Unternehmern eine Vereinbarung zu erzielen. Bewilligt wurden für den Hauptbetrieb (Holzindustrie) die 9 1/2 stündige Arbeitszeit und 8 Pf. pro Stunde Zuschlag auf die bisher gezahlten Löhne, für die Bautischler (12 Kollegen) die 10 stündige Arbeitszeit und 4 Pf. Zuschlag pro Stunde, für die Tischler in den übrigen Betrieben einen Mindestlohn von 38 Pf. pro Stunde für Jungesellen, 42 Pf. für ältere und 35 Pf. für Hilfsarbeiter. So ist denn auch dieser schwere Kampf mit einem annehmbaren Erfolg beendet.

In Quakenbrück wurde in der Bürstenfabrik des Herrn Schade der Lohn für das Pechen auf gewöhnliche Ware von 1,60 Mk. auf 1,75 Mk. erhöht. Herrn Schade war nicht unbekannt geblieben, daß die bei ihm beschäftigten Arbeiter alle bis auf sechs im Verband organisiert sind und eine baldige Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen anstrebten, er hat deshalb wenigstens die ungünstigste Affordposition freiwillig etwas aufgebessert.

In Rostock ist die Aussperrung auf der Neptun-Werft nach 18wöchiger Dauer aufgehoben worden. Am 11. April begannen Verhandlungen mit der Direktion, die zu einem Abkommen führten, nach welchem die Arbeit am 17. April zu den alten Bedingungen aufgenommen werden sollte; tatsächlich befindet sich aber jetzt noch ein großer Teil der Kollegen außerhalb des Betriebs. Von der Direktion war versprochen worden, Listen auszugeben mit denjenigen Arbeitern, die zunächst wieder eintreten können. Eine derartige Liste ist auch erschienen, die Fortsetzung unterblieb aber; vielmehr erhielten die übrigen Kollegen, die inzwischen wieder angefangen haben, die Aufforderung direkt durch die Werkführer, welche die Betroffenen in der Wohnung aufsuchen oder ihnen Bescheid sagen ließen. Das Versprechen, Lohn- und Affordreduzierungen nicht vorzunehmen, wurde bei den übrigen Branchen gehalten, nur bei den Schiffstischlern machte man einen solchen Versuch; es bedurfte eines nochmaligen Vorstelligerwens bei der Direktion, um die Zustimmung zu erhalten, daß, von wenigen Ausnahmen abgesehen, alles beim alten bleiben soll. Von etwa 1100 Aussperrten sind 275 bisher noch nicht wieder eingestellt, darunter 42 Mitglieder des Holzarbeiterverbandes.

In Schleiz ist die Lohnbewegung der Tischler ohne Streit beendet worden. Erzielt wurde die einheitliche 60 stündige Arbeitszeit. In der Hofmöbelfabrik erhielten die Gehilfen 2 bis 4 Pf. Zulage und beträgt jetzt der Lohn 25 bis 34 Pf., früher 28 bis 30 Pf.; bei Köllner 1/2 bis 3 Pf.; bei Bölsmann erhalten die Kollegen den Lohn fort wie bei 68 stündiger Arbeitszeit; für Überstunden wurden 5 Pf., für Sonntagsarbeit 10 Pf. bewilligt, auch wurden noch verschiedene Kleinigkeiten zugestanden; ob sie gehalten werden, ist allerdings noch eine Frage (?). Dafür wollten die Herren eine Verbindlichkeit auf 8, dann auf 4 Jahre haben; darauf konnten aber die Gehilfen nicht eingehen, und besteht die Vereinbarung bis auf weiteres. Eingestanden haben die Herren auch, daß der Lohn schon etwas zu wenig sei; warum denn früher nicht, wenn mal einer kam? Aber auch die Kollegen möchten eingesehen haben, daß man nur vereint

etwas erreichen kann; darum feste zur Organisation gehalten!

In Schwelm trat auf Beschluß der Mitgliederversammlung eine Kommission mit der Firma Weinreich & Co. in Unterhandlung und wurde dieser auch eine Lohnaufbesserung von 10 Pf. pro Laufend am Bechen zugestanden.

In Schweinfurt weigern sich einige Meister beharrlich, unsere Forderungen zu bewilligen. Über zwei Werkstätten mußte deshalb schon die Sperre verhängt werden.

In Steinfurth sind die Kollegen der Tischlereibetriebe in eine Lohnbewegung eingetreten. Bereits war auch mit den Unternehmern eine Einigung erzielt, im letzten Augenblick machten sie aber alle möglichen Quereleien, so daß es den Anschein gewinnt, als wollten sie es zum Kampfe treiben.

In Stuttgart-Cannstatt dauert der Streit der Bau-schreiner unverändert fort. Die Zahl der Streikenden beträgt noch zirka 250. Die hiesigen Möbelfabrikanten haben sich insoweit mit ihren Kollegen aus dem Baufach solidarisch erklärt, als sie keinen streikenden Bau-schreiner, Maschinen-arbeiter usw. einstellen und bereits eingestellte unter Anlaß des wirklichen Grundes wieder entlassen haben.

In Chemnitz dauert der Streit der Korbmacher unverändert fort. Wir ersuchen deshalb, den Zugang fern-zuhalten, auch von Gestellarbeitern, indem die Firma in der „Korbmacher-Zeitung“ zehn Gestellarbeiter sucht, ohne daß die Ausständigen alle untergebracht wären.

In Köln ist es, wie wir in der Tagespresse lesen, mit den Unternehmern zu einer Einigung gekommen, so daß der Ausstand beendet wurde. Uns ist darüber ein Bericht noch nicht zugegangen, doch hoffen wir, in acht Tagen über die neuen Arbeitsbedingungen berichten zu können.

In Wilmungen haben am 3. und 4. Mai Unterhandlungen zwischen den Bau- und Möbelschreibern und den Arbeitgebern unter dem Vorsitz des Herrn Bürgermeisters Dr. Braungel stattgefunden. Eine Einigung wurde nicht erzielt. Infolgedessen haben sämtliche hiesigen Schreiner die Arbeit niedergelegt, Zugang streng fernzuhalten.

In Wolgast sind die Tischler und Maschinen-arbeiter in der Holzindustrie-Arbeitergesellschaft aus Anlaß des Streiks der Zimmerer ausgesperrt. Zugang ist fern-zuhalten.

In Würzburg scheint die Lohnbewegung der Schreiner auf friedlichem Wege erledigt werden zu können. In den beiden größeren Möbelfabriken wurde eine siebenprozentige Lohnerhöhung bewilligt. In den größeren Bau-schreiner-einrichtungen ab 7. Mai eine Arbeitszeitverkürzung von 3 Stunden die Woche ein, ab 1. Juli um eine weitere Stunde, so daß die gleichmäßige 56 stündige Arbeitszeit erreicht ist. Außerdem wurde eine fünfprozentige Lohnerhöhung bewilligt, welche insgesamt einer zehnprozentigen Lohnerhöhung gleichkommt. Ein Teil der Zimmermeister schließt sich den Abmachungen an, so daß bis heute rund 200 Kollegen ihre Forderungen, wenn auch nicht ganz, so doch als annehmbar bewilligt erhalten.

In Berlin ist nach dem Verhalten der zwei Fabrikanten im dortigen Arbeitgeberverband nicht bald darauf zu rechnen, daß die Tischlermeister unsere gestellten Forderungen bewilligen werden, trotzdem daß mancher von diesen Klein-krautern schon wegen dieses Streiks seine blutigen Tränen vergießt. Um fernhalten des Zugangs von Tisch-leren wird deswegen dringend ersucht.

In Ruffenhäuser haben die Möbelschreiner am 8. Mai die Arbeit niedergelegt. Zugang ist streng fernzuhalten.

**Basel**

In Basel stehen die Bürstenmacher zur Zeit in einer Lohnbewegung, und wie wir vernehmen haben, versuchen nun Basler Meister, Streikbrecher durch ihre verlockenden Inserate in der „Bürsten- und Pinselmacher-Zeitschrift“ zu gewinnen. Es herrschen hier in Basel noch ziemlich traurige Zustände in unserem Beruf, und deshalb möchten wir die Kollegen in ganz Deutschland dringend bitten, durch ganz energisches fernhalten von Zugang die Basler Kollegen zu unterstützen.

In Schaffhausen ist infolge Differenzen über die Kinder-wagenfabrik Sander die Sperre verhängt worden. Die Firma amonciert in deutschen Blättern nach Holzarbeitern, und ersuchen wir, den Betrieb zu meiden.

**Frankreich.** Einem Bericht der „Fédération Nationale de L'Ameublement“ in Paris an den internationalen Sekretär entnehmen wir, daß sich alle Arbeiter der Möbeldindustrie in Paris als Tischler, Bildhauer, Vergulder, Stuhlauer, Bronzearbeiter im Streik befinden. Sie fordern den Achtstundentag, unter Bezahlung des Lohnes für neun Stunden. Der Streik steht gut, viele Werkstätten haben bereits die Forderungen bewilligt. Bemerkenswert ist die Mitteilung, daß der Sekretär der Föderation, Kollege Arbogast, ver-mundet ist. Es dürfte das wohl eine Folge des brutalen Auftretens der Pariser Polizei und des Militärs gegen die Achtstundentagsbewegung sein.

**Aus der Holzindustrie.**

**Ein Fachblatt für Holzarbeiter**

wird vom 15. Mai ab vom Deutschen Holzarbeiterverband herausgegeben werden, einem bringenden Wunsche folgend, der immer und immer wieder aus Kollegentreisen laut geworden ist. Besonders waren es unsere Tischlerkollegen, die nach einem solchen Fachblatt verlangten. Hatte doch die Vorgängerin unserer „Holzarbeiter-Zeitung“, die „Neue Tischler-Zeitung“ in Hamburg, regelmäßig fachtechnische Artikel und monatlich einmal eine Zeichenbeilage gebracht, so daß die Kollegen auch Gelegenheit hatten, sich in unserem Verband und mittels der Fachzeitung fachgewerblich fort-

zubilden. Das hatte den Kollegen besonders gut gefallen, was Wunder, daß bei dem Mangel eines guten und billigen gewerblichen Fachblattes von Verbandstag zu Verbandstag Anträge auf Erweiterung der „Holzarbeiter-Zeitung“ zu einer mehr fachgewerblichen Zeitschrift gestellt wurden. Der Verband konnte diesen Wünschen und Anträgen nicht entgegenkommen, da die sich steigende wirtschaftliche Bewegung die „Holzarbeiter-Zeitung“ vollständig in Anspruch nahm und die vielen im Verband vereinigten Berufe eine Berücksichtigung ihrer besonderen rein fachlichen Fragen erschwerten. In Würdigung dieser Verhältnisse hat der letzte Verbandstag den Vorstand schließlich durch Annahme eines von Kollegen Stubbe gestellten Antrages beauftragt, die Herausgabe einer besonderen Fachzeitung in die Wege zu leiten.

Nach langen Erwägungen hat der Vorstand schließlich die Vorarbeiten zur Herausgabe eines Fachblattes in die Hand genommen, und so wird am 15. Mai, wie schon angeführt, die erste Nummer desselben erscheinen.

Wie in einem in erster Nummer veröffentlichten kurzen Programmartikel gesagt wird, soll das „Fachblatt für Holzarbeiter“, so ist der Titel der neuen Zeitschrift, sich ausschließlich in den Dienst der fachgewerblichen Aufklärung und Fortbildung stellen. Es soll Verständnis für neue Arbeitsmethoden, für die technischen Umwälzungen, deren Zeuge wir sind, für die Entwicklung und die Umwälzungen im Kunstgewerbe der Gegenwart verbreiten und den Holzarbeiter zu einem bewußten Werkzeug dieser Kunstentwicklung machen. Selbstverständlich sollen alle Kleinlichen und zünftlerischen Interessen von ihm ferngehalten werden.

Das „Fachblatt für Holzarbeiter“, für das eine Reihe tüchtiger Mitarbeiter bereits gewonnen sind, wird in guter Ausstattung monatlich einmal erscheinen. Es werden in demselben regelmäßig nur gediegene zeichnerische Arbeiten und fachgewerbliche und künstlerische Artikel veröffentlicht werden.

Das Fachblatt wird gegen einen geringen Abonnement-betrag von den Zahlstellen unseres Verbandes an die Mitglieder verabsolgt werden. Die ersten beiden Nummern dieser unserer neuen Verbandszeitschrift werden gratis an die Mitglieder verabsolgt. Die erste Probenummer wird am 15. Mai an die Zahlstellenverwaltungen zum Versand kommen und bitten wir, dieselbe in erster Linie unter jenen Kollegen zu verbreiten, welche für ihre fachgewerbliche Fortbildung Interesse zeigen und gesonnen sind, das „Fachblatt für Holzarbeiter“ zu abonnieren. Die Verwaltungen möchten wir aber bitten, schon jetzt rege für das neue Fachblatt Abonnenten zu werben.

**„Ausständige“ Agitation!**

Es muß schlecht bestellt sein um den Arbeiterschut-verband im Bezirk Dresden, nach der Art der von diesem beliebten Agitation zu schließen. Ober hat der Holzindustriellen-Verband für die Kreishauptmannschaft Dresden und der Rühnemannerverband „Sächsischer Industrieller“ es dem Arbeiterschutverband in der Agitation angetan? So möchte man nach dem den Unternehmern der Holzindustrie im sächsischen Erzgebirge zugesandten Agitationsflugblatt des Arbeiterschutverbandes fragen. Dieses Monstrum lautet:

Arbeiterschutverband der deutschen Tischlermeister und Holzindustriellen (Bezirksverband Dresden). Dresden, den 31. März 1906.

**Gehörter Herr!**

Der „Deutsche Holzarbeiterverband“ fühlt sich wieder einmal berufen, durch seine „besoldeten Vertreter“ seine Fingergelbe auszustrecken, angeblich zu besserem Wohle seiner Anhänger. Die Skrupellosigkeit „dieser Führer“ kennt keinen Unterschied zwischen einer etwaigen Notwendigkeit eines Vor-gehens gegen uns und der allgemeinen Beschäftigten. „Diese Führer“ stellen nämlich egoistisch ihr eigenes „Ich“ in den Vordergrund, unter dem Vorwand, die „berechtigten“ Interessen ihrer willenlosen Gefolgschaft zu vertreten und zu verteidigen und, wenn nötig, mit Maßregelungen gewalttätig zu erzwingen. Was sie hierin leisten können und bereits geleistet haben, ist uns allen wohl bekannt, und damit ist als sicher zu erwarten, daß sie in ihrer steten Kampfbereitschaft und systematisch betriebenen Begehrlichkeit nicht müde werden, fortgesetzt ihre maßlosen Forderungen zu stellen und bis zur vollständigen Erreichung derselben unerbittlich zu verfolgen.

Als ihr Arbeitsfeld haben sich die Herren Vertreter der „Interessen“ unserer Arbeiter zur Abwechslung einmal das Erzgebirge gewählt, und an einigen Orten macht sich die wühlende Tätigkeit schon bemerkbar. Die geübte Taktik dabei ist, ausgesuchte Einzelbetriebe mit der Sperrung zu bedrohen und auszuführen, wenn die gestellten Forderungen nicht bereitwilligst und entgegenkommend zugestanden werden.

Hiergegen ist mit aller Entschiedenheit entschlossen und geschlossen anzukämpfen und, da uns gesetzliche Mittel nicht zu Gebote stehen, auf dem Wege der Selbsthilfe, wobei wir die straffe und starke Organisation unserer stets opferwilligen Gegner uns zum Muster dienen lassen sollten. Ein solches Mittel finden wir allein in dem Zusammen-schluß aller Arbeitgeber in der Holzbranche ohne Unterschied, zum Schutze gegen unberechtigte Angriffe und zur gemeinsamen tatkräftigen Unterstützung gegenseitig.

Der unterzeichnete Bezirksverband Dresden des Arbeit-schutverbandes der deutschen Tischlermeister und Holzindustriellen geht gern einer an ihn ergangenen Anregung nach, die Arbeitgeber der Holzbranche in dem mit dem Streik bedrohten Erzgebirge in ihrem eigenen Interesse hiermit aufzufordern, die genannten Schutverband beizutreten. Durch Ihren Beitritt helfen Sie den Verband erstarken und widerstandsfähiger machen und so die Anstürme an ihn besser wehren. Der einzelne vermag nichts auszurichten; er riskiert bei dem geringsten Nachgeben in dem ungleichen Kampfe seine Existenz und kann zugrunde gehen. Nur der feste Zusammenschluß aller kann und wird wirk-sam sein.

Wir erlassen deshalb an sämtliche Interessenten im Erzgebirge dieses Rundschreiben mit der dringenden Bitte, der beifolgenden Einladung Folge zu leisten. Die Zeit der Versammlung haben wir so eingerichtet, daß sich deren Besuch und die Rückreise am selben Tage ermöglicht. Wir erlauben uns ferner eventuell vorzuschlagen, sich örtlich gegenseitig zu unterstützen und in Behinderungsfällen einen beauftragten Vertreter zu entsenden.

Einen recht zahlreichen Besuch erhoffend, begrüßen wir Sie mit deutschem Handwerksgruß!  
Der Bezirksverband Dresden des Arbeiterschutverbandes der deutschen Tischlermeister und Holzindustriellen.  
Albert Frank, Vorsitzender.

Die traurige Entlohnung der erzgebirgischen Arbeiter ist in ganz Deutschland sprichwörtlich bekannt, und die in Berlin stattgefundene Heimarbeitersausstellung hat der Öffentlichkeit zur Genüge gezeigt, unter welchem Glend die erzgebirgischen Holzarbeiter zu leiden haben. Wenn seitens unserer Organisation versucht wird, die Holzarbeiter des Erzgebirges zu organisieren, um ihnen mit Hilfe des Verbandes zu einer besseren Lebenshaltung zu verhelfen, müßte von jedem menschlich Denkenden dieses Beginnen nicht nur als be-rechtigt, sondern als ein kulturelles Werk betrachtet werden. Doch ein menschlich Fühlen und Denken geht ja dem Kapitalismus ab, und seine Vertreter einschließliche der deutschen Tischlermeister und Holzindustriellen sehen in diesen kul-turellen Bestrebungen der Gewerkschaften nur einen Eingriff in das von ihnen behauptete Privileg der Ausbeutung.

In ihrem blinden Hass ob dieses „Eingriffs“ der Ge-werkschaften gehen selbst kapitalistische Erwägungen bei ihnen zum Teufel. Wenn niemals ein Länderstreich den Unter-nehmern der Holzindustrie Konkurrenz bereitet hat, dann ist es das sächsische Erzgebirge. Gar oft mußten die Vertreter unseres Verbandes bei Verhandlungen mit den Unter-nehmern sich die Konkurrenz des sächsischen Erzgebirges vorhalten und sagen lassen: „Warum gehen Sie dort nicht zuerst vor?“ Wenn es dem Arbeiterschutverband, wie er an-gibt, wirklich darum zu tun ist, die Lage des Mittelstandes und seiner Mitglieder zu heben, dann müßte er in seinem eigenen Interesse für eine Propagandierung der Gewerkschaften und ihrer Bestrebungen besonders in solchen Winkeln wie im sächsischen Erzgebirge wirken. Doch wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit.

Blindheit kann es auch nur sein, die den „geistigen“ Urheber dieses „Agitationsflugblattes“ zu den Tiraden über die „besoldeten Vertreter“ und der Skrupellosigkeit „dieser Führer“, die nur egoistisch ihr eigenes „Ich“ in den Vorder-ground stellen, veranlaßt hat. Merkt denn der Verfasser bei seiner hochanständigen Agitation nicht, daß mit dem-selben, ja mit noch weit größerem Rechte seine Tiraden auch auf den Arbeiterschutverband Anwendung finden können, als er sie auf uns anwendet? Daß die „besoldeten Ver-treter“ des Arbeiterschutverbandes ihre Fingergelbe aus-strecken und in egoistischer Skrupellosigkeit unter dem Vor-wand, die „berechtigten“ Interessen ihrer willenlosen Ge-folgschaft zu vertreten, selbst keinen Halt machen vor den elenden Gütten der erzgebirgischen Holzarbeiter. O. G.

Die Holzarbeiter Berlins haben den 1. Mai in einer geradezu glänzenden Weise gefeiert. Gegen 30000 Kollegen ließen die Arbeit ruhen. Besonders in der Musikinstrumenten-industrie wurde, wie uns mitgeteilt wird, diesmal allgemeiner gefeiert als in früheren Jahren. Auch die kleineren Branchen haben in diesem Jahre fast durchweg gefeiert. Der Aus-sperrungsbeschluß der Unternehmer ist nur in wenigen Be-trieben durchgeführt worden. Im ganzen wurden 1663 Kol-legen auf einige Tage ausgesperrt.

In Hamburg ließen rund 4000 Kollegen die Arbeit ruhen, davon wurden rund 350 bis zum 5. Mai ausgesperrt. Viel Freude dürften die Unternehmer an dieser Aussperrung nicht haben, da unsere Kollegen gesonnen sind, die Aus-sperrung mit der Forderung einer Lohnerhöhung beziehungs-weise der Entschädigung des durch die Aussperrung ent-gangenen Arbeitsverdienstes zu bestrafen.

In Leipzig feierten in 185 Betrieben über 3000 Kol-legen. Über die dort vorgenommene Aussperrung berichten wir an anderer Stelle.

In Stuttgart beteiligten sich gegen 950 Kollegen an der Demonstration. Hier wurde nur in der Hofpianosorte-fabrik Ripp & Sohn, wo bisher anstandslos gefeiert werden konnte, auf einen Tag ausgesperrt.

Sonst wird uns nur noch aus Prießnitz berichtet, daß alle Kollegen die Arbeit ruhen ließen.

**Vom Achtstundentag.** Die „Wosifische Zeitung“ schreibt: Eine bekannte Firma in der Berliner Holzindustrie, das Möbelfabrikat Martienitz, hat den dort beschäftigten 120 Tischlern mitgeteilt, daß der Achtstundentag von nächster Woche ab eingeführt werden soll. Der Arbeiteraus-schuss wurde benachrichtigt, daß das Geschäft aus Zweckmäßigkeits-gründen damit einverstanden sei, der Forderung auf den Achtstundentag zu entsprechen. Abzuziehen ist, wie nebenbei bemerkt sein mag, in einem großen Teil der Berliner Be-triebe der Achtstundentag bereits durchgeführt.

**Waggonfabrik Gebr. Hoffmann & Co. in Breslau.** Der Geschäftsbericht verzeichnet für das abgelaufene Jahr reichliche Beschäftigung und eine Steigerung des Umsatzes um 11 Prozent. Hergestellt wurden 934 (774) Wagen und andere Erzeugnisse für 4084471 (3642548) Mk. Die in-wischen eingegangenen Aufträge belaufen sich schon auf 4175000 Mk. für 1906 und 1214000 Mk. für 1907. Da-nach bezeichnet der Bericht die Aussichten für das laufende Jahr trotz der Verschlechterung der Material- und der Her-stellungsverhältnisse wieder als recht gut. Nach Abschrei-bungen von 1999 (20000) Mk. und Überweisung von 30000 (25000) Mk. an Rücklage II verbleibt ein Reingewinn von 301178 (285569) Mk., woraus 57001 (49370) Mk. als Ge-winnanteile gezahlt, 286250 (202500) Mk. als Dividende von 21 Prozent (18 Prozent) verteilt und 7927 (13698) Mk. vortragen werden.

### Gewerkschaftliches.

Die **Aussperrung in der Metallindustrie** zieht anscheinend weitere Kreise. Die am 2. Mai in Berlin versammelten Delegierten des Gesamtverbandes deutscher Metallindustriellen haben beschlossen, am 10. Mai sämtliche Betriebe zu schließen, falls bis dahin die wegen der Formerbewegung entstandenen Kämpfe nicht beigelegt sind, das heißt sofern der Metallarbeiterverband bis dahin nicht in aller Form den Rückzug angetreten hat. Ob die Herren Scharfmacher meinen, sie können damit die organisierten Metallarbeiter in Wackelhorn jagen! In der Tat hat der Metallarbeiterverband in der Voraussicht dieser Kämpfe beschlossen, auf ein Vierteljahr einen Gebührentrag von 25 Pf. zu erheben.

Ein **allgemeiner Handelshilfsarbeiterkongress** tagte während der Osterfeiertage in Berlin. Nach Entgegennahme entsprechender Referate und eingehender Diskussion wurden die Wünsche der Handelshilfsarbeiter in einer Resolution zusammengefaßt, in welcher die reichsrechtliche Festlegung des neunstündigen Maximalarbeitstages für über 18 Jahre alte Arbeiter und Arbeiterinnen, der gesetzliche 8 Uhr-Aden- und 6 Uhr-Postschalterstufschluß, vollständige Sonntagsruhe für alle kaufmännischen Betriebe, Ausdehnung der Unfallversicherung auf das Handelsgewerbe und Errichtung von Handelsinspektoren gefordert wird. Von einer Debatte über die Frage der Zweckmäßigkeit der Bildung einer Einheitsorganisation für sämtliche Handelshilfsarbeitervereine wurde Abstand genommen. Den anwesenden Vertretern von Sozialvereinen wurde anheimgegeben, die Anregung in ihren Vereinen zur Sprache zu bringen. Wenn die Stimmung einem Zusammenschluß günstig ist, soll der Vorstand des Handels- und Transportarbeiterverbandes demnächst eine besondere Konferenz zur Gründung einer gemeinsamen Organisation einberufen.

Der **Branerverband** steigerte im letzten Jahre seine Mitgliederzahl von 19 259 auf 23 342, also um 4083. Seine Jahreserinnahme belief sich auf 436 278,04 Mk., seine Jahresausgabe auf 426 411,81 Mk., darunter 159 148,09 Mk. für Streiks und Aussperrungen. Das Verbandsvermögen stieg von 107 870,78 Mk. auf 117 737,01 Mk.

Der **Stuttarterverband** hielt seine Generalversammlung in Leipzig. Ein wichtiger Gegenstand der Beratung war die Verschmelzung mit dem Maurerverband. Nach längerer Debatte wurden Vorstand und Ausschuss des Verbandes beauftragt, mit dem Vorstand des Maurerverbandes zu verhandeln und das Ergebnis der Verhandlungen den Mitgliedern zur Urabstimmung zu unterbreiten. Die beantragte Einführung der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung wurde abgelehnt. Neu eingeführt wird die Reiseunterstützung, und zwar wird 2 Pf. pro Kilometer gewährt. Der Beitrag wurde auf 50 Pf. erhöht, wovon 80 Prozent an die Hauptkasse abgeliefert werden. Die Gehälter der Beamten werden nach den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses geregelt; die Delegierten erhalten 8 Mk. Diäten und 7 Mk. als Entschädigung für den Lohnausfall.

Der **Textilarbeiterverband** tagte in der Osterwoche in Mühlhausen i. Thür. statt. Die Mitgliederzahl dieses Verbandes war nach dem vorigen Verbandstag, der eine Beitrags-erhöhung beschloß, zurückgegangen. Der Vorstand führte diesen Rückgang nicht sowohl auf die Beitragsbewehrung selbst, als auf die ihm wegen angestellten Lamentationen zurück, die vielen wankelmütigen Mitgliedern den erwünschten Anlaß gaben, dem Verband Valet zu sagen. Der Rückgang ist aber inzwischen reichlich wettgemacht. Am Schlusse des Jahres zählte der Verband bereits 77 800 Mitglieder und gegenwärtig sind die 90 000 bereits überschritten.

Mit der im Verband eingeführten Krankenunterstützung wurden gute Erfahrungen gemacht; die Einführung der Arbeitslosenunterstützung ist zwar durch Urabstimmung abgelehnt, doch wurde diese Frage auf dem Verbandstag eifrig diskutiert. Der Vorstand wurde schließlich beauftragt, ein Regulativ für die Arbeitslosenunterstützung auszuarbeiten und dieses der nächsten Generalversammlung zur Beschlußfassung vorzulegen. Ein Antrag, das Fachorgan mit dem Vorstand zusammenzulegen, wurde angenommen; der Sitz des Vorstandes bleibt in Berlin, wohin am 1. Januar 1907 das bisher in Chemnitz erscheinende Verbandsorgan übersiedelt. Die Frage der Beitrags-erhöhung findet ihre Erledigung durch Einführung eines fakultativen Staffelsbeitrags, welcher für die verschiedenen Klassen auf 20, 30, 40 und 50 Pf. festgesetzt wird. Die Streikunterstützung beträgt für vollberechtigte Mitglieder in den einzelnen Klassen 7, 9, 11 und 13 Mk., hierzu kommt zur Unterstützung für die Kinder der Streikenden ein Betrag von je 75 Pf. in den beiden unteren und je 1 Mk. in den beiden oberen Klassen, jedoch wird nur für höchstens vier Kinder Unterstützung gezahlt. Die Krankenunterstützung richtet sich nach der Höhe des Beitrags und der Dauer der Mitgliedschaft, sie schwankt zwischen 2 und 5,60 Mk. wöchentlich. Neu eingeführt wird das Sterbegeld, welches in Sähen von 15 bis 60 Mk. gewährt wird. Der Verbandstag beschloß, noch vier neue Gauvorsteher und einen weiteren Vorstandsbeamten anzustellen, auch für das Fachorgan wurde ein zweiter Redakteur gewählt. Die Gehälter der Vorstandsbeamten beginnen mit 2000 Mk. und steigen bis 2400 Mk.

Die **Wäsche- und Kravattenarbeiter** hielten ihren Verbandstag ebenfalls in Berlin. Beschlossen wurde, den Beitrag, der bisher 25 Pf. für männliche und 15 Pf. für weibliche Mitglieder betragen hatte, auf 40 bzw. 20 Pf. pro Woche zu erhöhen. Die Krankenunterstützung wurde von 5 bzw. 3,50 Mk. auf 7 bzw. 4,50 Mk. erhöht. Über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung soll auf dem nächsten Verbandstag beschlossen werden, nachdem der Vorstand zuvor die nötigen Ermittlungen angestellt hat. In bezug auf die Anstellung festbesoldeter Beamten wurde beschlossen, für Bielefeld sofort einen Gauvorsteher anzustellen, die Anstellung weiterer Gauvorsteher bleibt im Bedarfsfalle dem Verbandsvorstand überlassen. In Berlin wird der Kassierer als Geschäftsführer angestellt und hat die Leitung der dortigen Filiale zu übernehmen. Das Gehalt des Verbandsvorstehenden wird auf 2000 Mk., das der Gauvorsteher auf 1800 Mk. jährlich festgesetzt.

Eine **Zieglerorganisation** soll auf einer von der Generalkommission für den 3. und 4. Juni nach Magdeburg einberufenen Konferenz der auf den Ziegelleien beschäftigten

Arbeiter und Arbeiterinnen gegründet werden. Wir können dieses Beginnen nur mit Freuden begrüßen, denn die Ziegler sind eine jener Arbeiterkategorien, die eine gewerkschaftliche Organisation doppelt nötig haben.

**Christlicher Gewerkschaftskongress.** Der sechste Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands findet am 22. Juli und die folgenden Tage in Breslau statt. Auf der Tagesordnung steht unter anderem: Die Betätigung der Ortskartelle in der christlichen Gewerkschaftsbewegung; die christlichen Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung, Volkswirtschaft und im öffentlichen Leben; die gewerkschaftliche Agitation unter den Arbeiterinnen.

### Soziale Rechtspflege.

#### Von der Invaliditätsversicherung.

Man schreibt uns aus Kollegentreisen: Es ist eine bekannte Tatsache, daß die große Masse der Arbeiter nur sehr geringe Kenntnisse von den Rechten und Pflichten hat, die ihnen aus den sozialpolitischen Gesetzen erwachsen. Besonders groß ist die Unkenntnis der Bestimmungen des Invalidenversicherungsgesetzes. Zahlreich sind die Fälle, wo die Arbeiter ihrer Rechte verlustig gehen, weil sie irgend eine gesetzliche Vorschrift nicht erfüllt hatten. Eine besonders schwierige Klippe, an welcher mancher Rentenanspruch scheitert, ist der § 46 des Invaliditätsversicherungsgesetzes, der von dem „Erlischen der Anwartschaft“ handelt. Nach dem früheren Gesetz ging die Anwartschaft verloren, wenn in einem Zeitraum von vier Jahren nicht mindestens 47 Wochenbeiträge entrichtet waren. Das Gesetz vom 18. Juli 1899 bestimmt, daß zur Aufrechterhaltung der Versicherung in einem Zeitraum von zwei Jahren mindestens 20 Wochenbeiträge entrichtet sein müssen. Krankheitswochen, die sich an eine versicherungspflichtige Beschäftigung anschließen, werden, wenn glaubwürdig nachgewiesen, in Anrechnung gebracht. Bei der Beurteilung des Rentenanspruchs ist es ganz gleichgültig, durch wessen Verschulden oder aus welchem Grunde die Entrichtung der Beiträge unterblieb. Nicht so sehr selten sind die Fälle, wo den Arbeitern regelmäßig an Zahltag die Beiträge abgezogen, vom Arbeitgeber jedoch nicht an die Versicherungsanstalt abgeführt wurden. So schuldete zum Beispiel die Pianofabrik von Neumeier in Creptow bei Berlin bei ihrer im August 1905 erfolgten Pleite der Landesversicherungsanstalt Brandenburg 1450 Mk. für Beiträge, obwohl dieselben den Arbeitern abgezogen waren. Auch in solchen Fällen trägt der Arbeiter den Schaden. Zu welchen Härten die Bestimmungen des § 46 führen können, zeigt folgender Fall, welcher vor kurzem das Reichsversicherungsamt beschäftigte.

Der Arbeiter Sch. arbeitete vom Jahre 1891 bis zum 25. März 1902 in dem Betrieb der preussischen Eisenbahnverwaltung. Am genannten Tage stellte Sch. die Arbeit wegen Krankheit ein. Ein Antrag auf Gewährung der Invalidenrente wurde in letzter Instanz am 7. August 1904 abgewiesen, weil nach Ansicht der Ärzte Invalidität nicht vorlag. Schon zu Beginn des Jahres 1905 wiederholte Sch. seinen Antrag. Nunmehr wurde er von den Ärzten für invalid im Sinne des Gesetzes erklärt. Die in Frage kommende preussische Pensionskasse lehnte jedoch die Gewährung einer Rente ab mit der Begründung, daß die Anwartschaft erloschen sei. Sch. hatte es unterlassen, nach seinem Austritt aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung durch freiwillige Weiterversicherung die Anwartschaft zu erhalten. Er behauptet, nach seinem Austritt aus der Beschäftigung nicht wieder arbeitsfähig geworden zu sein; die Tatsache, daß sehr bald nach dem Urteil vom 7. August 1904 die Invalidität von den Ärzten anerkannt wurde, spricht zweifellos für die Richtigkeit der Angaben des Klägers. Die Berufung an das Schiedsgericht sowohl, wie auch die Revision beim Reichsversicherungsamt hatten keinen Erfolg.

Da der Versicherte, wenn er den Antrag auf Invalidenrente stellt, niemals wissen kann, wie lange das Verfahren dauert, und da er ferner nicht wissen kann, von welchem Zeitpunkt an die Ärzte den Eintritt der Invalidität annehmen, so ist es auf zu achten, daß, während das Verfahren schwebt, die erforderlichen 20 Wochenbeiträge zur freiwilligen Weiterversicherung entrichtet werden.

In Interesse der Versicherten, für welche die Gesetze doch geschaffen sein sollen, würde es liegen, wenn der Vorstand der Versicherungsanstalt, sowie auch das Schiedsgericht verpflichtet würden, in den den Antragstellern zugeteilten schriftlichen Bescheiden respektive Entscheidungen auf das eventuelle Erlischen der Anwartschaft hinzuweisen. Es kann doch wirklich nicht im Sinne der Gesetzgeber gelegen haben, dem Arbeiter, der jahrelang um seine Rente kämpfen mußte, dieselbe schließlich vorzuenthalten, weil er während der Dauer des Verfahrens sich eine kleine Unterlassung aus Unkenntnis zuschulden kommen ließ!

### Eingefandt.

#### Korkarbeiter und Zentralarbeitsnachweis.

Der Zentralarbeitsnachweis der Korkarbeiter Deutschlands bewegte sich von seiner Gründung an ungefähr bis zum Jahre 1899 in aufsteigender Linie und funktionierte einige Jahre sehr gut. Von da ab ging er zurück; schon in Frankfurt a. M. wurde er vernachlässigt und auch nicht mehr unparteiisch geführt, zum Schaden der Organisation. Denn bei Übernahme des Nachweises durch die Hamburger Kollegen geschah wohl noch etwas durch den Kollegen W., bei seinem Nachfolger aber war Friede über den Wassern. Da Kollege W. die Verwaltung jetzt wieder übernimmt, wollen wir hoffen, daß das Verfaulende energisch nachgeholt wird. Nun möchte ich folgende Vorschläge für die Führung des Zentralarbeitsnachweises machen. Die Bekanntmachung desselben sollte durch Zirkular an sämtliche deutschen Korkfabrikanten und -Händler erfolgen und durch Inserate in der „Kork-Industrie-Zeitung“, welche in bestimmten Zeiträumen zu wiederholen wären. Alle Kollegen sind verpflichtet, ihre Arbeitgeber darauf aufmerksam zu machen und im Bedarfsfalle strikte darauf hinzuweisen. Ebenso muß jeder organisierte Kollege sich sofort melden bei eventuell eintretender Arbeitslosigkeit, oder wenn er sich zu verändern wünscht. Alle Kollegen, die länger als 6 Wochen durch eigenes Verschulden mit den Beiträgen verfehlen, sind

von der Benutzung des Arbeitsnachweises auszuschließen. Zur Kontrolle ist jedes Arbeitsgesuch der Kollegen mit dem Stempel der Zentralverwaltung zu versehen. Die Verwaltung ist verpflichtet, bei Arbeitsgesuchen Auskunft zu verlangen über Lohnhöhe, gleichviel ob Stück- oder Zeitlohn, über die Länge der Arbeitszeit und über sonstige Verhältnisse in dem Betrieb. Da seit einer Reihe von Jahren in den meisten Städten, wo unsere Branche in Betracht kommt, ein Mangel an geschulten Arbeitskräften vorhanden ist, sind diese Forderungen nicht so schwer durchführbar. Die Ausnutzung des Zentralarbeitsnachweises zur Agitation an den Orten mit besonders schlechten Erwerbsverhältnissen muß der Verwaltung überlassen werden. Wird der Zentralarbeitsnachweis nach dieser Richtung geführt, dann wird er auch seinen Zweck erfüllen. R. S. Bielefeld.

### Literarisches.

**Zu freien Stunden.** Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. 10. Jahrgang, Heft 1 bis 20. Berlin, Verlag Buchhandlung „Vorwärts“. Preis des Heftes 10 Pf. Wir können das Abonnement dieser Zeitschrift sehr empfehlen.

Vom „Süddeutschen Postillon“ liegt uns der Jahrgang 1905 vor. Es ist der 24. seines Bestehens. Der „Postillon“ ist noch immer das, was er seit seinem Anfang gewesen ist: ein lustiger Geselle, der mit trefflichem Spotte die Kapriolen unserer ewig „genialen“ Regierungspolitiker, sei es in Prosa oder Dichtung oder in seinen gelungenen Bildern glosiert. Aber er ist auch oft ein begeisterter Sänger der Freiheit gewesen, der dem Sehnen des arbeitenden Volkes nach Luft und Licht, seinem flammenden Jorn über die noch immer übermächtige Reaktion edle Formen gab. Freilich hat er manche Verfolgung über sich ergehen lassen müssen, die aber niemals seinem herzerfrischenden Humor Abbruch tun konnte. Der „Postillon“ erscheint alle 14 Tage und ist durch alle Kolportureure usw. zu beziehen. Der Preis der einzelnen Nummer beträgt 10 Pf.

### Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter (G. S. 3 in Hamburg).

Uberschüsse sandten ein in der Zeit vom 14. April bis 3. Mai inklusive: Adlershof, Meissen je 500 Mk., Frankfurt a. M., Würzburg II, Magdeburg, Dresden A, Mannheim je 400, Ebersleben, Sellahausen, Hagen, Rankow, Johannegeorgenstadt, Ebingen, Fachsenheim, Bayreuth, Schwegen, Ludwigshafen, Frankenthal je 300, Wschaffenburg, Wahren, Siegburg, Rabenau, Nippes je 250, Görde 235, Schwerte, Düsseldorf, Göttingen, Friedrichsfelde, Kl.-Fischer, Gelsberg, Vallengar, Gohls, Bielefeld, Hamburg V, Trebbin, Neckarau, Neu-Jfenburg, Coblenz, Gommewitz, Bruchsal, Bockenheim, Mühlheim a. D. je 200, Pieschen 180, Möckern, Erlangen, Gummrich, Leipzig II, Göttingen, Witten, Eilenburg, Schmöln, Boll, Baumschulenweg, Dessau, Neuschönefeld, Wickendorf, Wilsen, Pöschappel, Stettin, Lüschena, Hamburg IV, Steglitz, Tharandt, Volkmarndorf, Heideberg, Gohsmannsdorf, Gausen, Gr.-Dobritz, Neustadt b. L. je 150, Plaue 140, Stendal, Tiegendorf, Pforzheim, Gisleben, Meibrich, Nied, Herrnhutheim, Schleusingen, Miedenstein, Stolp, Heilbronn, Langendiebach, Rohrauer, Minden, Gronberg, Mühlheim a. M., Stade, Lbbau, Dammwald, Bergeborf, Wiersen, Nachen, Ramiß, Gamburg, Hoffheim, Berghausen, Alte Neustadt, Grethen, Wintersdorf, Wilster, Willingen, Endenich, Neustadt a. S., Blankenburg a. S., Freiberg i. S., Gaisburg, Witz, Kirchditmold, Rothenditmold, Regensburg, Bergshofen, Mühlheim, Wanger, Münden, Arnstadt, Durlach je 100, Rath-Neumar 95, Brandenburg, Verden je 85, Stabfium, Memmingen, Strehlen, Großenhain, Zeulenroda, Wüdingen je 80, Prizwall, Heinrichsruh, Plauen i. V., Weisensfeld je 75, Raftalt 55, Bremerhaven, Ulpda, Plauen b. Dr., Oberkirch, Cottbus, Nauheim je 50, Valen 39,35, Siemehna 30. Summa 21 674,35 Mk.

Zuschüsse erhielten: Offenbach 800 Mk., Augsburg, Berlin D je 400, Leipzig I 250, Bamberg, Kiel, Mündenheim, Mainz, Oberfeld, Gelsenkirchen, Schönebeck, Bbtau, Hornberg, Dortmund je 200, Lägerdorf, Gdeseu, Mühlheim (Muh), Reichsbach, Elmstein, M.-Glabach, Duisburg, Laubertshofheim, Schöneberg, Großenritte je 150, Guchtingen 140, Lübingen, Rheingönheim, Bromberg, Soffenheim, Seelbach, Budenheim, Wbrth, Oberad, Gröbzingen, Rostock, Posen, Jagenheim, Dschah, Förderstedt, Burgstädt, Schleuditz, Trotha, Schw. Gmünd je 100, Naumburg a. S., Süneburg, Driesen je 75, Hagen 72. Summa 7652,— Mk.

Krankengeld an Einzelmitglieder wurde gezahlt 1638,96 Mk. A. Gucl, Hauptkassierer.

Zur **Generalversammlung** sind die Zirkulare über die Wahl der Abgeordneten nebst den Anträgen des Vorstandes, die Protokollformulare zur Wahl der Abgeordneten sowie die Protokollformulare zur Neuwahl der Ortsverwaltungen, welche laut Statut im Juni stattzufinden haben, am 2. Mai an alle Ortsverwaltungen versandt. Sollte einigen Verwaltungsstellen die Sendung nicht zugegangen sein, dann können die betreffenden Orte bei uns reklamieren.

In kommender Nummer \* werden wir diejenigen Verwaltungsstellen veröffentlichen, welche bisher, also bis zum 11. Mai, die Abrechnung des ersten Quartals noch nicht eingefandt haben. Der Vorstand. J. M.: G. Blume.

### Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen. (G. S. 86, Hamburg.)

Im April sandten überschüsse ein: Siegburg 500 Mk., Furtwangen 300, Leipzig 200, Barmen 150, Garburg 100, Essen 100, München 100, Steinkirchen 100, Troisdorf 100, Hamburg II 100, Hamburg III 100. Summa 1850 Mk. Zuschuß erhielten: Berlin B 400 Mk., Kaiserlautern 150, Fürth 150, Hannover 100. Summa 800 Mk. Jul. Wasmann, Hauptkassierer, Hamburg 19. NB. Abrechnungen vom ersten Quartal fehlen noch aus: Beuel, Celle, Großen, Furtwangen, Hamburg I, Helmstedt, Reinfeld und Wald.

Anzeigen.

Leipzig. Die Geschäftsstelle der Holzstelle befindet sich ab 28. März 1908 im Volkshaus Leipzig, Beethovenstraße 32 II, Telefon 8497. Arbeitsvermittlung und Reiseunternehmungen dazwischen. Die Mitglieder und Branchenvereinigungen finden im Volkshaus statt und werden in der Holzzeitung bekanntgegeben. Alle Zuschriften sind unter obiger Adresse an den Bevollmächtigten, W. Gercke, zu richten. Die reisenden Kollegen werden besonders auf den Lokalwechsel aufmerksam gemacht. Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollege Stinner, Schwalbacherstraße 7 I, Stb. I. Umschauen ist strengstens verboten. Die Reiseunternehmung wird bei Geuchel, Schulgasse 4, ausbezahlt. Ein Wochentag abends 7-8 Uhr, an Sonntagen mittags von 12-1 Uhr.

Der Drechsler Karl Bernius wird gesucht. Adresse an Holzstelle Frankfurt a. M. erbeten.

Bitte alle Kollegen, welche den Aufenthalt des Kollegen Emil Bange, Stelmacher, geboren zu Quads, Oldenburg, kennen, dieses dem Unterzeichneten mitzuteilen. Hugo Bräcker, Burg b. Magdeburg, Kaiser-Friedrichstraße 44.

Fof. Krupinski, Drechsler, möchte einbezugszeichen von sich geben. W. Kugel, Drechslermstr., Straußberg.

Max Gräber, geb. am 13. 10. 85 zu Schweinitz, sende Deine Adresse an Deinen Bruder Richard nach Kraus bei Essen, Marktstraße 34 part. Bitte die Kollegen, welche Obigen kennen, denselben darauf aufmerksam zu machen.

Karl Dietel, Stelmacher aus Gerne, Deine Adresse wünscht Robert Renau, Bonn a. Rhein, Reiterstraße 108. Die Kollegen werden gebeten, ihn darauf aufmerksam zu machen.

Infolge Vergrößerung meiner Fabrik suche ich sofort 3-4 tüchtige Tischler und 2 tüchtige Maschinenarbeiter für dauernde Arbeit. Ed. Reusch, Fabrik für Laben-Einrichtungen, Siegen i. Westf.

Mehrere Tischlergesellen auf bessere Möbel und ein Zuschnider, auch Modelltischler, ebenfalls ein solcher, welcher auf Miniatur-Modelle saubere Arbeit liefern kann. W. Heinrich, Möbel- und Modellfabrik Osterholz-Scharmbeck.

Per sofort gesucht für meine Möbelfabrik tüchtige Tischler, Möbelpolierer und Maschinenarbeiter, des weiteren für mein Sägewerk ein tüchtiger Schneidemüller bei hohem Lohn auf dauernd.

Holzindustrie Nordenham Wilh. Bremer, Nordenham a. Weser.

Mehrere Möbelpolierer und Bantischler werden gesucht von E. Albers & v. Drathen, Baugeschäft Weidorf.

Tüchtiger Polierer sucht dauernde Stellung. Adolf Knoke, Joffen b. Berlin, Fischerstraße 118.

2 Tischlergesellen auf dauernde Arbeit (Bau und Möbel) sofort gesucht. Reisegeld nach vierwöchiger Arbeit vergütet. K. Müller, Tischlermstr., Parzgerode, Anhalt.

Mehrere tüchtige Bau- und Möbelschreiner finden dauernde Beschäftigung bei Heiner Baur, Möbelfabrik, Singen a. S.

Suche für sofort zwei tüchtige Tischler auf furnierte Vertikow. Herm. Lapp, Ohrdruf, Gartenstr. 1.

Tüchtige Drechsler, welche auf Querholz, event. auch auf Ovalwerk gearbeitet haben, sofort gesucht. Goldmann & Jamin, Holzwarenfabrik Oberursel bei Frankfurt a. M.

Tücht. Galanterie-Drechsler zum sofortigen Antritt suchen Seifert & Kammels Nachf., Friedland, Bezirk Breslau.

Suche per sofort einen tüchtigen Drechslergehilfen auf rohe Massenartikel für die Möbelbranche. F. Henning, Briton i. Westf., Holzdrechslerei mit elektrischem Betrieb.

Tüchtige Drechsler sucht H. Macke, Kirchbrak i. Braunschweig. Zu sofort gesucht. Zwei tüchtige jüngere Drechslergehilfen auf Massenartikel finden noch dauernde Stellung gegen guten Lohn. F. Bruer, Drechslereifenfabrik, Meinfeld i. Ostf.

Tüchtige Stockdrechsler sucht G. Ad. Richter, Stockfabrik m. Kraftbetr., Magdeburg.

Ein tüchtiger Stockdrechsler wird per sofort gegen hohen Lohn für dauernde Stellung gesucht. Schloss & Co., Stockfabrik, Eschwege.

Tüchtige Einleger bei hohem Lohn verlangen C. & K. Redlich, Spazierstockfabrik, Berlin SW., Ritterstr. 75.

Zwei tüchtige Spinddrechsler oder Kreisrasler sofort gesucht. Anfangslohn 4 Mk. Westdeutsche Galanthwaren-Fabrik Erkelenz & Kley, Gilden, Rheinl.

Ein Korbmachergeselle für Gestellarbeit gesucht von E. G. Bülow, Nørrebrogade 12 Kopenhagen.

Ein junger Korbmachergeselle findet dauernde Beschäftigung auf Reiseförbe, Waschföbe, sowie grüne Arbeit. Albert Knuth, Merseburg.

Zwei Korbmacher auf Grün sucht Aug. Zechendorf, Krauthausen b. Leipzig.

3 Korbmacher auf grün Mattarbeit sofort gesucht. F. Reichert, Gardelegen, Altmark.

Gestellarbeiter auf Korbmöbel werden sofort eingestellt. Reise wird vergütet. Adolf Schmidt, Rohrmöbelfabr., Brandenburg a. S.

6-10 Korbmacher auf Geschlagen stellt ein bei erhöhtem Lohn. Dauernde Beschäftigung. Verbandsmitglieder bevorzugt. A. Schlegel, Korbfabrik Schney bei Lichtenfels.

Mehrere Korbmacher auf Mattarbeit sofort gesucht. Lohn 20 bis 25 Mk. pro Woche. Peter Wiesner, Limburg a. L.

Tüchtige Korbmacher auf Reiseförbe stellt ein. Lohn üblich hier 36 Zoll 4,75 Mk., abwärts je nach Größenberechnung. Otto Lippert, Guben.

Ein tüchtiger Korbmacher auf Ballonwörbe erhält sofort dauernde Arbeit bei Pauline Winkler, Serischdorf i. Nfgb.

Mehrere Korbmacher werden auf Reiseförbe bei dauernder Beschäftigung sofort gesucht. G. Bunke, Mühlberg (Ostb.).

5-6 Korbmacher auf grüne runde Obstföbe werden sofort auf dauernde Arbeit bei hohem Lohn gesucht. Herm. Weise, Korbmachermeister, Dahme i. b. Mark.

4 Korbmacher sofort auf Matt- und Geschlagen-Arbeit gesucht. L. Ackermann, Korbfabrik, Corbetha.

Korbmacher auf Großgeschlagen werden für sofort gesucht bei Karl Apelt, Mühlberg a. Elbe.

Gesuchte Jungkorbmacher auf Mattarbeit. L. Twosten, Winsen a. Luhe.

Ein älterer tücht. Baumstängelerschneider (Handarbeit) bei dauernder Arbeit gegen guten Lohn sofort gesucht. Bernhard Thorsden, Gufum, Osterende 4.

Ein Söbelschneider stellt ein F. Bünning, Seidorf b. Neu-Kalitz, Meckl.

Ein älterer Bürstenmacher zum Haare zurichten (genolft) per bald gesucht. R. Preussner, Flensburg, Friesische Straße 18.

2 tüchtige Bürstenmachergehilfen sofort gesucht. Ernst Knierim, Bürstenmacher Wermelskirchen, Rheinl.

Wasserkraft in Mittelsteiermark 850 HP, kann auch auf 2400 HP ausgebaut werden, für jede Industrie bestens geeignet (insbesondere für Erzeugung u. Verarbeitung von Holzstoff), halbe Stunde Entfernung von einer größeren Station der Südbahn, Knotenpunkt, deutsche, dichtbevölkerte Gegend, ist verkäuflich. Anfragen sub S. M. 3311 befördert Rudolf Mosse, Wien I, Seilerstätte 2.

Tischlerei und Zalusfabrik mit guter Rundschaft ist krankheitsbedingt billig zu verkaufen. Strebf. Herrn m. 2-3000 Mk. beliebt. Off. u. O. P. 56 postlag. Halle a. S. zu richt.

Süddeutsche Schreiner-Fachschule Nürnberg. Erstklassige Lehranstalt. Kirchenweg 14. Dir. Carl Mathbaum. Ein Kurs für wandernde Arbeiter. (Sonderb. f. Nord.) über 2000 Meisterturnen. 3 Karten. Gebund. Mk. 1,50. Zu beziehen durch J. Scherr, Stuttgart, u. alle Buchh.

Streng reelle und billigste Bezugsquelle! In mehr als 150 000 Familien im Gebrauche! Gänsefedern, Gänsefedern u. alle ander. Sorten Bettfedern. Neuheit u. beste Reizung, garantiert! Gute, preisw. Bettfedern p. Pfund für 0,80; 1,00; 1,40. Prima-Gänsefedern 1,60; 1,80. Polsterfedern: halbweiß 2, weiß 2,50. Silberweiße Bettfedern 3; 3,50; 4; 5. Echt dän. Gänsefedern 2,50. Polarfedern 3; 4; 5 Mk. Jede beliebige Pfundzahl tollfrei gegen Nachnahme! Zurücknahme auf unsere Kosten! Pecher & Co. in Herford W. Nr. 2214 in Westfalen. Proben und Preislisten, auch über Bettfedern und fertige Betten, kostenfrei. Angabe der Preislisten für Federproben erwünscht!

Wer eine Stelle sucht oder zu vergeben hat, Wer ein Geschäft kaufen od. verkaufen will, Wer einen Cellhaber oder Vertreter sucht, inseriert mit bestem Erfolg in dem weitverbreiteten illust. praktischen Fachblatt Der Südd. Möbel- u. Bauschreiner Stuttgart. Probenummern auf Verlangen gratis und franko

In einem großen wohlhabenden Orte am Bodensee mit kaufkräftiger Umgebung ist ein neues Haus mit schönem Gemüsegarten, in welchem eine Bau- und Möbelschreinerei m. bestem Erfolg konfurrenzlos betrieben wird, um den Preis von 6500 Mk. bei 2-3000 Mk. Anzahlung Umstände halber zu verkaufen. Gest. Offerte unter V. Z. 68 an die Expedition d. Bl. erbeten.

Tischlerei mit Dampftrieb, 5 Hobelbänken, nebst Kleinwerkzeug und Maschinen für 4000 Mk. zu verkaufen, ev. mit 3 Hobelbänken zu vermieten. Joh. Koch, Schleisweg, Schubystr. 37.

Tischler-Fachschule Detmold Werkführer- und Technikerkurse Befähigte Meister-Prüfung Programme frei durch die Direktion

Deutscher Holzarbeiter-Verband \* Zahlstelle Köln und Umgegend \*

Zu Ehren der Delegierten des sechsten Verbandstages Donnerstag den 24. Mai (Himmelfahrtstag)

Großer Ausflug mittels 2 Salon dampfern nach Königswinter

unter Mitwirkung von zwei Musik-Chören. Abfahrt mittags 12 1/2 Uhr von der Landungsstelle der Mühlheimer Dampfeschiffahrts-Aktiengesellschaft (Schiffbrücke). Ankunft in Königswinter 3 Uhr. Dasselbst großer Festzug unter Vorantritt der Musik durch die herrliche Rheinufer-Allee bis Rhöndorf, von hier aus Ausflüge auf dem verschlungenen schattigen Wege an der Siegfried-Höhle vorbei zum Drachfels, von der Ruine herrliche Aussicht. Auf der Terrasse Großes Konzert. Abstieg 7 Uhr durch das reizende Nachtigallental. Abfahrt von Königswinter um 8 1/2 Uhr. Ankunft in Köln 10 1/2 Uhr abends. Während der Vorbeifahrt in Bonn großes Feuerwerk. Beteiligungskarten à 1,50 Mark.

Es ist somit den Kollegen der Zahlstelle Köln sowie umliegenden Orten Gelegenheit geboten, vormittags an den Verhandlungen und nachmittags an dem Ausflug teilzunehmen. Das Festkomitee.

Paul Horn Fabrik chemischer Produkte Hamburg 23

Über die Eigenschaften und zweckmässigste Anwendung meiner folgenden Spezialitäten gibt mein Jubiläumskatalog, ein Lehrbuch des Polierens, Beizens, Mattierens, Lackierens usw. des Holzes, gründlichen und leicht fasslichen Aufschluss: Jubiläum-Politur, Patent-Politur, Kopal-Politur, Benzoe-Politur, filtrierte Schellack-Politur, porenschliessende Untergrund-Politur, Schellack-Porenfüller, Brunolin, Mattine, Bohnerwachs, Salonmatt. Politurglanzlacke, Kristallglanzlacke, Brillantlack, Petersburger Lack. Schleif- und Polieröl. Farbige Porenpulver. Spiritusbeizen, Ambrantbeizen, Wasserbeizen, Körnerbeizen, Salmiakbeizen. Flintsteinpapier, Lederleime. Polierspiritus usw. usw.

Mein Jubiläumskatalog, ein wirkliches Lehrbuch für die Praxis und die Werkstatt, ist von den hervorragendsten Fachautoritäten und der gesamten Fachpresse glänzend beurteilt worden. Preis Mk. 1.50.

Allen meinen verehrl. Kunden und solchen Interessenten, die mir eine Bestellung übermitteln, liefere ich dieses technische Lehrbuch aus Anlass meines 25jähr. Jubiläums gratis u. franko.

Der Buchhaltungs-Meister. Zweite verbesserte Auflage. Enthält in markgründliche Anleitungen für jeden Gewerbetreibenden zur Einrichtung einer geordneten Buchhaltung und goldige Ratschläge für die Verwaltung. Herausgeber Paul Horn, Hamburg. Preis gebunden Mk. 1,20, broschiert Mk. 1,-. Zu beziehen vom Verlag H. Carly, Hamburg I.

Ein guter Feldstecher Mk. 1.75 franko

Dieser Feldstecher mit vorzüglicher Sehschärfe, verstellbar für jedes Auge, ist ein Wunder der modernen Optik zu diesem billigen Preise. Schwarzer Körper, polierte Messing-Auszüge. Hochelegantes Aussehen wie teurer Feldstecher. Illustriert. Katalog mit ca. 5000 Abbildungen unserer Waren umsonst und portofrei. Stahlwaren-Fabrik und Versandhaus E. von den Steinen & Cie. Wald bei Solingen 34.

C. Bratsch Reinickendorf (bei Berlin) Lack- und Politurfabrik liefert schon 40 Jahre die vorzüglichsten Spezialitäten wie schwarzen und nussbraunen Mattlack, wasserichte Mattierung, verbesserte Schellackpolitur, u. die billigsten, tadellosten Politurlacke. Verlag von Karl Rloß in Stuttgart. Druck von Paul Singer in Stuttgart